

Das Landesjugendamt

Der Bericht 20052009



LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen - Interviews und Informationen

Maria Seifert Vorsitzende des Landesjugendhilfe- und des Landschaftsausschusses	„Jugendpolitik ist genauso wie die Jugend selbst: Spannend“	4
Hans Meyer LWL-Jugenddezernent	Rückschau und Ausblick	6
LWL-Landesjugendamt Westfalen - Beratungs- und Kompetenzzentrum unter dem Dach des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe	Leistungen und Schwerpunkte	8
LWL-Landesjugendamt, Schulen, Koordinationsstelle Sucht	Organigramm	10

Interviews zu den Leitlinienthemen

Integration behinderter Kinder als übergreifende Jugendhilfeaufgabe begreifen.	„Verbesserte Bedingungen für Kinder mit Behinderungen“	12
Zeitnahe Informationen und Unterstützung bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben und aktueller Entwicklungen.	„Gelebte Verfahrensstandards bei Kindeswohlgefährdung“	14
Früh fördern, Erziehungskompetenzen von Familien stärken und Familienzentren mitentwickeln.	„Technische Bildung für Kindergartenkinder“	16
Unterstützung von Leitungspersonen beim Management von Jugendhilfe-Dienstleistungen.	„Von Einzelkämpfern zu Teamplayern“	18
Betreuungsbrüche vermeiden: Ein abgestimmtes System von Betreuung, Erziehung und Bildung für Kinder von 0 bis 14 Jahren.	„Gelingende Zusammenführung von OGS und offener Kinder- und Jugendarbeit“	20
Interkulturelle Kompetenzen weiterentwickeln.	„Maßgeschneiderte Angebote für türkische Jugendliche“	22
Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Suchthilfe fördern und sekundäre Suchtprävention angehen.	„Trinken bis der Arzt kommt“	24
Zusammenarbeit mit Reha-Trägern und mit psychiatrischen Kliniken an den Schnittstellen Jugendhilfe/Behindertenhilfe verbessern.	„Geregelte Zuständigkeiten für Kinder mit psychisch kranken Eltern“	26
LWL-Förderschulen: Übergang Schule und Beruf bei jungen Menschen mit Behinderung.	„Erfolgreiche Stellenvermittlung durch gut vorbereitete Praktika“	28

Rückmeldungen und Rückblick

Partner und Kunden beziehen Position	Stellungnahmen zur Arbeit des Landesjugendamtes	30
Zentrale Ereignisse von 2005 - 2009	Chronik	41

Sehr geehrte Damen und Herren,

das LWL-Landesjugendamt Westfalen legt mit diesem Bericht eine Rückschau über die vergangenen fünf Jahre vor. Dies ist seit mehreren Jahrzehnten gute Tradition, schafft Transparenz über unsere Arbeit, Strukturen und Rahmendaten. Wir wollen zeigen, was wir gemacht haben und was wir vorhaben.

Der Bericht orientiert sich in seinem Aufbau an den Leitlinien für die Wahlperiode 2005-2009, die der Landeshilfesausschuss in seiner Sitzung vom 23.02.2006 beschlossen hat. Diese Leitlinien sind die „Geschäftsgrundlage“ für die Arbeit des Landesjugendamtes. Sie wurden - basierend auf den Ergebnissen einer Kundenbefragung bei Jugendämtern und der freien Wohlfahrtspflege - in einer Klausurtagung von den Mitgliedern des Landeshilfesausschusses grundlegend erarbeitet, um viele Ideen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesjugendamtes ergänzt und anschließend vom Ausschuss in Kraft gesetzt.

Das ist für uns Grund genug, nach fünf Jahren mit diesem Heft ein Fazit zu ziehen, das sich konsequenterweise auch an dem strategischen Steuerungsinstrument der Leitlinien ausrichtet.

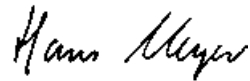
Wir freuen uns besonders darüber, dass so viele Experten an diesen aussagekräftigen Interviews mitgewirkt haben und unsere Partner, die Jugendämter und freien Träger der Jugendhilfe, in ihren Stellungnahmen so viel positive Resonanz zu unserer Arbeit gegeben haben. Das motiviert uns für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Ihnen mit unserem Geschäftsbericht einen umfassenden und gleichzeitig kurzweiligen Überblick über unsere Arbeit vermitteln können.

Ihr



Dr. Wolfgang Kirsch
LWL-Direktor



Hans Meyer
LWL-Jugenddezernent



Dr. Wolfgang Kirsch



Hans Meyer

Als Landesjugendhilfeausschuss gelang es uns immer wieder mit einer Stimme zu reden, obwohl so viele unterschiedliche Interessen vertreten werden.

Maria Seifert, Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses



Frau Seifert, wurde Ihnen in den neun Jahren als Ausschussvorsitzende nicht auch mal langweilig?

Frau Seifert, Sie waren neun Jahre Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses – wird die Arbeit nach so langer Zeit nicht auch mal langweilig?

Nein, absolut nicht. Das hat einen ganz einfachen Grund: In der Jugendarbeit gibt es immer wieder ganz neue Herausforderungen und Probleme. Auf diese muss man sich einstellen mit ebenso neuen Ideen und Lösungen. Wie unsere Gesellschaft ändern sich die Kinder und Jugendlichen und ihre Bedürfnisse, brauchen die Eltern andere Hilfen, stellen andere Forderungen an Staat und Gesellschaft. Wer in diesem Bereich arbeitet, wird schnell merken, dass sich Jugendpolitik auf die sich ständig verändernden Lebenslagen von Eltern und Kindern einstellen muss. Jugendpolitik ist wie die Jugend selbst: Spannend.

Welche waren die wichtigsten Themen, die Sie in Ihrer Amtszeit mitgestalten konnten?

Herausragend war sicher das neue Kinderbildungsgesetz, KiBiz. Es beinhaltete nicht nur einzelne Neuerungen, sondern war etwas ganz Neues. Alle Beteiligten – Eltern, Erzieherinnen, Träger und Kommunen – mussten sich auf Veränderungen einstellen. Das führte dazu, dass alle fürchteten, gerade sie seien die „Benachteiligten“.

Der Landesjugendhilfeausschuss hatte bei der Diskussion um dieses Gesetz große Gestaltungsmöglichkeiten, weil viele Beteiligte um einen Tisch saßen. So konnten wir nicht zuletzt über unser hoch anerkanntes Landesjugendamt Bedenken, Anregungen und auch Forderungen in das Ministerium transportieren.

Bemerkenswert: Es gelang uns immer wieder, als Landesjugendhilfeausschuss mit einer Stimme zu reden, obwohl neben den Mitgliedern der Landschaftsversammlung, den Vertretern des LWL, den Religionsgemeinschaften und den Vertretern von Gesundheits-, Justiz-, Schul- und Arbeitsverwaltung eine Vielzahl von Trägern der Jugendhilfe mit unterschiedlichen Hintergründen beteiligt sind.

Welche Themen haben Sie zudem beschäftigt?

Die **Kindeswohlgefährdung** war ein nicht nur aktuelles, sondern auch wichtiges Thema. Obwohl es immer wieder diskutiert und nach neuen Hilfen gesucht wurde, haben nicht zuletzt die erschütternden Fälle von Kindesvernachlässigung, -missbrauch oder -tötung das Thema in besonderem Maße auf die Tagesordnung gebracht.

Für den Ausschuss wichtig war auch über Jahre die Sicherung des **Jugendhofes Vlotho**. Trotz harter Einsparungen hat es das Team des Jugendhofes geschafft, ein interessantes Angebot im Bereich der

Weiter- und Fortbildung zu erhalten, das nach wie vor gut angenommen wird. Ich freue mich, dass der Jugendhof im Rahmen des Konjunkturpaketes II nun auch baulich und energetisch erneuert wird. Ein Thema war ebenfalls immer wieder die Betreuung der **Kinder mit Behinderungen**, deren Anzahl stetig steigt. Wir haben uns erfolgreich bemüht, nicht nur den über dreijährigen Kindern mit Behinderung eine Betreuung in Regelkindergärten, sondern nun auch eine u3-Betreuung für Kinder mit Behinderung zu gewährleisten.

Wie werden diese Angebote angenommen?

Vor rund 20 Jahren haben wir mit unserem „Westfälischen Modell“ begonnen. Damals wurden etwa 70 Kinder mit Behinderung in Regelkindergärten betreut. Heute sind es 5.600 integrativ geförderte Kinder mit Behinderung in Regelkindergärten in Westfalen-Lippe, wofür der LWL rund 50 Mio. Euro bereitstellt. Die u3-Betreuung startete erst im Juni 2009. Die Anmeldezahlen belegen aber schon heute, dass es einen hohen Bedarf gibt.

Einmal weg von den Inhalten – und hinein in die für Laien weniger spannende Arbeitsebene. Was hat Ihnen in der Ausschussarbeit Sorgen bereitet und was hat Ihnen gut gefallen?

Fangen wir mit dem Guten an: Besonders befriedigend fand ich, dass mittlerweile in der Zusammenarbeit zwischen Landesjugendhilfeausschuss als politischem Gremium und Landesjugendamt als Verwaltung die Zielvereinbarungen zum Alltag gehören. Am Anfang eines jeden Jahres wird die Vereinbarung geschlossen – und in meiner gesamten Amtszeit wurde sie immer erfüllt.

Und das Schlechte?

Was wir im Grunde immer hinbekommen haben, aber was manchmal auch sehr beschwerlich war: Die Diskussionen um das liebe Geld. Das spielte eine besondere Rolle, wenn zum Beispiel die freien Träger im Ausschuss über etwas beraten mussten, was ihre Arbeit mitbetraf und auf der anderen Seite die, die zahlen sollten oder mussten: Das Land und die Kommunen.

Welche Themen werden Jugendpolitikerinnen und -politiker in den kommenden Jahren ganz oben auf der Agenda stehen haben?

Das Thema „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ wird die Jugendpolitik noch stärker fordern als bisher, da bin ich mir sicher. In vielen Ballungsgebieten werden in fünf bis zehn Jahren mehr als die Hälfte der unter 18-Jährigen zu dieser Gruppe gehören. Man muss ihnen ihre Identität lassen und zugleich versuchen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dazu gehört zum Beispiel auch, manche Familien zu überzeugen, dass es gut ist, die Kinder früh in Kindergärten zu geben – und nicht zu denken, dass man damit schlechte Eltern abgibt.

Sehen Sie neben der Herkunft der Jugendlichen weitere einschneidende Veränderungen?

Wie schon gesagt, Jugend verändert sich ständig. Das merkt man zum Beispiel daran, dass die heutige Jugend klassische Offene Tür-Konzepte oder Jugendzentren nicht unbedingt immer annimmt. Vielleicht sollte man einmal über neue Ideen nachdenken, wo und wie Jugendliche zusammenkommen können, damit sie nicht auf den Rathaustrappen oder an Busbahnhöfen herumhängen. Mein Eindruck ist jedenfalls, dass man gar nicht unbedingt wahnsinnig teuer ausgestattete Räumlichkeiten braucht, sondern dass kleinere Einheiten und einfache Räume oft ausreichen, damit sich die Jugendlichen treffen können.

„Nicht über die jungen Leute reden, sondern mit ihnen.“

Das würde auch besser zu den immer leereren Kassen passen.

Ja, obwohl gerade im Kinder- und Jugendbereich auch in der Zukunft neue finanzielle Mittel notwendig sein werden. Denken Sie an den Bereich der u3-Betreuung, die nach dem ausdrücklichen Willen aller erweitert worden ist.

Was raten Sie Ihrer Nachfolgerin oder Ihrem Nachfolger und allen neuen Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses?

Das Ziel muss für jeden sein, gute Jugendpolitik zu machen. Dazu gehört, dass man kompromissbereit ist. Und die Kompromisse dürfen nicht einseitig ausfallen. Das ist natürlich nicht einfach, denn oft gehen die Partikularinteressen der einzelnen Fraktionen oder Institutionen, die im Ausschuss vertreten sind, ja auch auseinander. Wir haben es in den vergangenen Jahren aber eigentlich immer geschafft, für alle Mitglieder tragfähige Lösungen hinzubekommen. Zudem rate ich allen, die sich mit Jugend auseinandersetzen, nicht nur über die jungen Leute und Kinder zu reden, sondern mit ihnen. Im Laufe der Jahre habe ich viele Einladungen zum Beispiel des Landesjugendrings, politischer Jugendorganisationen oder freier Gruppen angenommen, um mich direkt mit den Jugendlichen unterhalten zu können. Oft habe ich dabei auch die Erfahrung gemacht, dass man gerade bei Veranstaltungen und in direkten Gesprächen viel für die politische Arbeit mitnehmen kann.

Die größten Herausforderungen für die nächsten Jahre sind für mich das Finden von Antworten auf die zunehmende Kinderarmut mit ihren negativen Folgen, die Weiterentwicklung von Bildungsangeboten in Kitas sowie die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Landesrat Hans Meyer, Leiter des LWL-Landesjugendamtes Westfalen



Herr Meyer, haben Sie die Diskussionen um den Bestand der Landesjugendämter abschließen können?

Herr Meyer, das Westfalenparlament, aber auch Sie haben eine Wahlperiode abgeschlossen. Haben Sie damit auch die Diskussionen um den Bestand der Landesjugendämter in Nordrhein-Westfalen abschließen können?

Nein, so lange es Behörden gibt, wird man über deren Notwendigkeit diskutieren. Das gilt nicht nur für die Landesjugendämter. Darüber hinaus wird die derzeitige Finanzkrise dazu führen, dass Wirtschaftlichkeit und Qualität der Arbeit noch mehr in den Vordergrund rücken.

Aber ich denke, wir haben in den vergangenen 5 Jahren unter Beweis gestellt, dass wir diese Kriterien erfüllen und ohne uns Vieles nicht hätte umgesetzt werden können.

Zweifel am Bestand und der Notwendigkeit der Landesjugendämter sind daher meines Erachtens nicht angebracht.

Was waren aus Ihrer Sicht die besonderen Herausforderungen?

Ein politisch und fachlich überragendes Thema war sicherlich die Gestaltung und Umsetzung des KiBiz. Wir konnten hier einen ganz wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Gesetzes beitragen, so

dass der erste Durchlauf zum 15.03.2008 – anders als von Vielen erwartet – fast reibungslos klappte.

Das Thema wird uns auch in der Zukunft noch weiter beschäftigen, vor allem gilt es noch einige Schwachstellen zu beseitigen.

Ein weiteres großes Thema war und ist die Investitionsförderung u3 bei der im Sommer 2008 eine kaum vorstellbare Antragsflut auf uns zukam. Nur durch Bündelung aller Kräfte im Landesjugendamt, damit verbunden die Zurückstellung wichtiger anderer Aufgaben sowie erhebliche Personalaufstockungen, gelang es uns, diese Aufgabe nach anfänglichen Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen.

Der Erfolg dieses gemeinsamen Anpackens zeigt sich mittlerweile. Nordrhein-Westfalen, vor allem das LWL-Landesjugendamt Westfalen, liegt inzwischen an der Spitze der Bewilligungen in der Bundesrepublik Deutschland. Gleiches gilt auch für den Abfluss der Mittel.

Eine große Herausforderung war sicherlich auch das Thema Kinderschutz rund um § 8 a SGB VIII. Die großen Teilnehmerzahlen bei unseren Fortbildungs- und Qualifizierungsveranstaltungen zeigen mir, wie sehr unser Rat gesucht und geschätzt wird.

Wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe entwickelt? Gibt es inzwischen die immer wieder zitierte und geforderte „Augenhöhe“?

Hier ist meines Erachtens eine sehr positive Entwicklung festzustellen. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule hat sich weiter konkretisiert, ist selbstverständlicher geworden und in den meisten Fällen hat sich - vor allem was den (offenen) Ganztag angeht - eine gute und für die Kinder gewinnbringende Zusammenarbeit entwickelt.

Ich freue mich natürlich, dass das LWL-Landesjugendamt Westfalen durch Beratung und Einbringung von Projekten wie etwa die „Einbeziehung von flexiblen erzieherischen Hilfen in den Ganztag“ wichtige Beiträge dazu leisten konnte.

Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit ergibt sich im Bereich des Kinderschutzes. Das LWL-Landesjugendamt Westfalen hat in vielen Fachtagungen unter Hinweis auf die gemeinsame Verantwortung dafür geworben, sich konkret zu verständigen, wie bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen auf beiden Seiten zu handeln ist und wo welche Ansprechpartner zu finden sind. Ich freue mich, dass mittlerweile erste schriftliche Vereinbarungen auf kommunaler Ebene über Vorgehensweisen, Indikatoren usw. vorliegen.

Natürlich gibt es auch noch Verbesserungsbedarfe. Ich denke da vor allem an die Schulsozialarbeit. So erfolgt der Einsatz von zusätzlichen Fachkräften leider nicht immer dort, wo er aus Jugendhelfersicht erforderlich ist.

Insgesamt kann man jedoch feststellen, dass sich viel Positives getan hat und ganz überwiegend eine partnerschaftliche Zusammenarbeit praktiziert wird.

Gab es auch Kritik an der Arbeit des LWL-Landesjugendamtes Westfalen?

Natürlich gab es die. Dies halte ich aber auch für normal, denn wir sind ja nicht nur die netten Dienstleister, sondern haben in vielen Fällen auch Sachentscheidungen zu fällen, die nicht immer nur positiv für die Antragsteller sind und daher naturgemäß auch Ärger hervorrufen.

Manchmal gibt es allerdings auch Kritik für Maßnahmen, die wir nicht zu vertreten haben, etwa wenn wir Vorgaben des Landes weitergeben und durchsetzen.

Dies alles kann ich nachvollziehen.

Unverständlich und nicht nachvollziehbar ist für mich allerdings pauschale und inhaltlose Kritik, die offensichtlich nur darauf abzielt, die Notwendigkeit der Landesjugendämter in Frage zu stellen. Diesen Kritikern ist zumeist die Jugendhelferlandschaft in NRW nicht bekannt. So gibt es allein in Westfalen-Lippe zur Zeit 89 Jugendämter, eine Zahl, die sich schon ab 2010 weiter erhöhen wird, da die Gründungsschwelle auf 20.000 Einwohner herabgesetzt wurde.

Alle Jugendämter haben einen enormen Qualifizierungsbedarf, wie unsere jährlichen rund 500 Fortbildung- und Beratungsveranstaltungen mit mehr als 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigt.

Diese Zahlen und die dahinterstehenden fachlichen Aktivitäten beweisen meines Erachtens sehr eindrucksvoll, dass die Landesjugendämter zur Sicherstellung einer einheitlichen Fachlichkeit, zur Gewährleistung des Austausches unter den Jugendämtern und zur Weiterentwicklung der fachlichen Standards unverzichtbar sind.

Welche Herausforderungen sehen Sie für die kommenden Jahre?

Vor allem gilt es Antworten zu finden auf die eklatant zunehmende Kinderarmut mit all ihren negativen Folgen. Ich denke dabei nicht nur an Kindeswohlgefährdung, sondern insbesondere an den Abbau von sozialer, emotionaler und kultureller Vernachlässigung sowie die damit verbundenen Bildungsbenachteiligungen. Eine Aussonderung und Ausgrenzung dieser Kinder muss unbedingt verhindert werden.

Eine ganz wichtige Zukunftsaufgabe wird sicherlich die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sein. In den Kindertageseinrichtungen sind wir hier schon sehr weit. Immerhin werden mehr als 75 Prozent der 8.000 drei- bis sechsjährigen Kinder mit Behinderungen in der Einzelintegration, also im Regelkindergarten, „inklusiv“ betreut. Dieses Angebot soll und muss in den kommenden Jahren bedarfsdeckend erweitert werden auf die unter dreijährigen Kinder mit Behinderungen. Dies bedeutet personell wie finanziell eine große Kraftanstrengung für den LWL. Weiteres Ziel ist auch die sonder-/ heilpädagogischen Plätze (25 Prozent) durch eine Rahmenzielvereinbarung in integrative Plätze umzuwandeln.

Die Umsetzung und Beachtung der UN-Konvention gilt selbstverständlich auch für unsere 35 Förderschulen. Anders als bei den Kindertageseinrichtungen steht hier vor allem das Land in der Verantwortung. Das Regelschulsystem ist den spezifischen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen anzupassen. Wir werden diesen wichtigen und notwendigen Prozess aktiv begleiten und unsere Kenntnisse und Erfahrungen einbringen, damit tatsächlich die bestmögliche Förderung und das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Handicaps gewährleistet wird.

Eine weitere große Aufgabe für das LWL-Landesjugendamt Westfalen sehe ich in der inhaltlichen Fortentwicklung der Bildungsangebote in den Kindertageseinrichtungen.

Gemeinsam mit unserem LWL-Jugendhof in Vlotho, dem LWL-Berufskolleg Hamm und unseren 3 LWL-Jugendheimen werden wir diese Herausforderungen angehen und ich bin sicher, dass wir wichtige Impulse zu deren Bewältigung geben können.

„Wir werden Prozesse aktiv begleiten, damit die bestmögliche Förderung für alle Kinder und Jugendliche gewährleistet ist.“

Was war für Sie im Rückblick besonders erfreulich?

Spontan möchte ich hier nennen:

- Die persönliche Anerkennung und der Dank von Minister Laschet für unsere Arbeit bei der Umsetzung des KiBiz anlässlich einer Einladung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das Ministerium.
- Die Bestandssicherung des LWL-Jugendhofes Vlotho durch Halbierung des Zuschusses bei weitgehender Aufrechterhaltung des Leistungsangebotes.
- Die Solidarität und das „Anpacken“ aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWL-Landesjugendamtes bei der Bewältigung der u 3 Investitionsanträge sowie die positive und konstruktive Begleitung unserer Arbeit durch den Landesjugendhilfeausschuss in den vergangenen Jahren.

LWL-Landesjugendamt Westfalen - Beratungs- und Kompetenzzentrum unter dem Dach des LWL

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen unterstützt die kommunalen Jugendämter (derzeit 89), die freien Träger und die anderen Akteure im Feld der Arbeit mit Familien und jungen Menschen: in der Jugendförderung, in der Tagesbetreuung und in den Erziehungshilfen. Im Sinne erfolgreicher und offensiver Jugendhilfe engagiert es sich für ein Gesamtkonzept von Jugendhilfe, in der Jugendhilfeplanung und Kooperation zwischen öffentlichen und freien Trägern tragende Elemente sind. Dies bezieht sich auf das Tagesgeschäft der Jugendhilfe ebenso wie auf deren Weiterentwicklung. Sein Verständnis von Qualitätsentwicklung schließt den zukunftssichernden Umbau der Jugendhilfe auf der Basis gesellschaftlicher Veränderungen und begrenzter (kommunaler) Finanzen ein.

Auszug aus der Leistungsbilanz 2008

Fortbildung:

242 Veranstaltungen (davon 30 Inhouse-Seminare vor Ort) mit 8.827 Teilnehmer/innen und 13.807 Teilnehmertagen für Mitarbeiter/innen aus der Jugendhilfe und Jugendpolitiker/innen.

Beratung:

1.382 Beratungstage im Rahmen von Fachberatung und Beratungsprojekten sowie 5 laufende Praxisprojekte zu neuen Aufgaben der Jugendhilfe.

Förderung:

638 Mio. Euro, davon

474,9 Mio. Euro für Tageseinrichtungen für Kinder

30,6 Mio. Euro für beh. Kinder in Integrativer Erziehung

61,4 Mio. Euro für beh. Kindern in heilpädagogischen- und
Schwerpunkteinrichtungen

5,5 Mio. Euro für Sprachförderung

31,2 Mio. Euro für Familienbildung/Beratungsstellen

28,5 Mio. Euro für Jugendförderung

2,1 Mio. Euro für das Sonderprogramm „Frühe Förderung im
Kindesalter“

1,8 Mio. Euro für das Sonderprogramm „Jugend und Soziale
Brennpunkte“

1,8 Mio. Euro für Kostenerstattung für minderjährige
Asylbewerber

Testate:

Anzahl der erteilten Betriebserlaubnisse und Gutachten:

12.341 Meldungen nach § 45 SGB VIII im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder

168 für Heim-, Wohn- und Tagesgruppen sowie sonstigen Einrichtungen

116 Gutachten zu Auslandsadoptionen,

19 Anerkennungen von Trägern nach § 75 SGB VIII durch LWL oder Land

Service:

u.a.:

163 Vorträge bei Fachveranstaltungen

96 Publikationen

169.603 Internetbesucher auf www.lwl-landesjugendamt.de

Schwerpunkte 2009

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des LWL-Landesjugendamtes Westfalen im Jahr 2009 waren entsprechend der Zielvereinbarung mit dem Landesjugendhilfeausschuss:

Ausbau der Kindertagesbetreuung insbesondere von Kindern unter drei Jahren

Für den Ausbau der Betreuung stehen von Bund und Land bis 2013 jährlich ca. 80 Mio. Euro zur Verfügung. Gefördert werden Maßnahmen in Tageseinrichtungen und Tagespflege, z. B. Neu- oder Umbauten.

Für das Kindergartenjahr 2009/10 musste wegen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) eine neue Regelung zur Versorgung von Kindern mit Behinderung getroffen werden. Dazu wurde die Einführung eines neuen Fördersystems unter Zusammenfassung der bisherigen Hilfe in Integrativer Erziehung und Schwerpunkteinrichtungen erarbeitet. Auch die Förderung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren wird von Jahr zu Jahr ausgebaut und vom LWL finanziert.

Die Veränderungen durch das KiBiz haben dazu geführt, dass rund 70 % aller Tageseinrichtungen neue Betriebserlaubnisse benötigen.

Qualität in der Jugendarbeit

Im Jahr 2009 wurde die Strukturdatenerhebung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) erstmals durch die Landesjugendämter durchgeführt. Der LWL wird die Berichtsdaten aktualisieren und die Auswertung und fachliche Bewertung bis Ende des Jahres erstellen. Zusätzlich wurde für die Leitungsebene der Kommunen ein Positionspapier des LWL-Landesjugendamtes zur OKJA veröffentlicht. Die Rolle der OKJA wird in Angrenzung zur Schule und in Kooperation mit der Schule im Ganztage neu definiert.

Steigerung der Wirksamkeit von Erziehungshilfen in Familien

Das Modellprojekt zur „Steigerung der Wirksamkeit intensiver ambulanter Erziehungshilfen in Familien“ wurde abgeschlossen und die Ergebnisse sollen veröffentlicht und durch Fortbildungen weitervermittelt werden.

Unterstützung von Jugendämtern bei Kernprozessen des Allgemeinen Sozialen Dienstes und des Kinderschutzes

Ziel des LWL-Landesjugendamtes ist die Unterstützung des Qualitätsmanagements und der Personalbemessung im Allgemeinen Sozialen Dienst. Erreicht werden soll dieses Ziel durch verschiedene

Veranstaltungen wie Qualitätsforen, Fortbildungen oder auch durch Projektbegleitung vor Ort.

Im September 2008 ist die Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen in Kraft getreten. Das Landesjugendamt hat die Meldeverordnung evaluiert, die Anzahl der Meldungen und deren Bewertung erfasst und die Ergebnisse als Arbeitshilfe veröffentlicht. Diese Maßnahmen sollen zu einer Verbesserung des Kinderschutzes führen.

Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Systemen

Durch das Projekt „Kinder psychisch kranker Eltern“ und Fachtagungen sowie Qualifizierungsworkshops soll die Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheitswesen verbessert werden.

Auch in der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Justiz sind Unterstützungsaktivitäten des Landesjugendamtes zur Verbesserung vorgesehen. So ist u. a. die gemeinsame Entwicklung von Standards für Angebote zur Vermeidung von U-Haft mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration und dem Justizministerium angegangen worden.

Da die Kooperation zwischen Jugend- und Suchthilfe im praktischen Alltag ebenfalls noch nicht ausreichend strukturell umgesetzt ist, wird auch hier eine Verbesserung durch die Entwicklung von Broschüren, Durchführung von Modellfachtagen, Weiterbildungen und Multiplikatorenschulungen erzielt.

Aufgreifen suchtspezifischer Herausforderungen

Von der Deutschen Hauptstelle für Sucht und der Bundesdrogenbeauftragten wurden Aktivitäten zur Reduzierung von alkoholbedingten Schäden in der Bevölkerung im Aktionsplan Alkohol zusammengefasst. Mit der Entwicklung und Durchführung einer Kampagne zur Suchtwoche 2009 und der Multiplikation des PEER-Projektes an Fahrschulen in Westfalen-Lippe wird die Umsetzung des Aktionsplans unterstützt.

Ein weiteres Ziel ist die Sensibilisierung der Fachkräfte der Suchthilfe zu genderspezifischen Themen. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt 2009 auf der männerspezifischen Suchtberatung und -behandlung.

Organisation des LWL-Landesjugendamtes Westfalen

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen ist wie die Jugendämter kommunal organisiert: Es ist eingebunden in das kommunale Aufgabenspektrum und arbeitet auf der Grundlage des Zusammenwirkens von Politik und Verwaltung nach den Regeln kommunaler Selbstverwaltung. Insofern ist es kein Zufall, dass sich das LWL-Landesjugendamt Westfalen - wie viele Jugendämter - auf den Weg kontinuierlicher Verwaltungsmodernisierung gemacht hat. Die wichtigsten Bausteine:

Controlling: Steuerung über Zielvereinbarungen, ergebnisorientiertes Berichtswesen und Kostenrechnung im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) mit dem Landesjugendhilfeausschuss und der Verwaltungsspitze.

Organisationsentwicklung: Reduzierung der Referate von acht auf zwei im LWL-Landesjugendamt Westfalen, Abschaffung einer Hierarchieebene, dezentrale Ressourcenverantwortung.

Personalentwicklung: Mitarbeiter/in – Gespräch (MAG), Gespräch über Zusammenarbeit und Führung, Führungszirkel, Leitlinien zur

Personalführung, umfassende Führungskräftebildungen, Teamentwicklungsmaßnahmen, Coaching.

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen erfüllt seine Aufgaben auch durch eigene Einrichtungen:

Das LWL- Bildungszentrum Jugendhof Vlotho führt Fort- und Weiterbildungen durch, die hohe einübende und (selbst-)reflexive Anteile haben. Der Jugendhof arbeitet erfolgreich als optimierter Regiebetrieb, der zur Erfüllung der jährlichen Zielvereinbarung ein Budget erhält und das die Übertragung von Gewinnen/Verlusten in das Folgejahr in Abhängigkeit von Jahresberichten vorsieht.

Die drei Erziehungshilfeeinrichtungen - LWL-Heilpädagogisches Kinderheim Hamm, LWL-Jugendhilfezentrum Marl und LWL-Jugendheim Tecklenburg - sind seit 1996/99 als Eigenbetriebe organisiert. Sie verbinden fachlich überzeugende Erziehungshilfeangebote mit Wirtschaftlichkeit und sind deshalb marktfähig.

Das LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm bietet mit großer Nachfrage berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung in den Fachschulzweigen Heilpädagogik, Sozialpädagogik, Heilerziehungspflege, Motopädie und Offene Ganztagsgrundschule (z.T. mit erweiterter Selbstlernphase – E-Learning) an.

Das LWL-Landesjugendamt, die LWL-Schulen und die LWL-Koordinationsstelle Sucht bilden ein gemeinsames Dezernat:

Die LWL- Schulen (www.lwl-schulen.de)

Die schulische **Ausbildung** und **Förderung** behinderter Kinder und Jugendlicher stellt eine besondere Aufgabe für die Allgemeinheit dar. Der Landschaftsverband engagiert sich für diese jungen Menschen und schafft für sie die Voraussetzungen dazu, ihre Entwicklungschancen so weit wie möglich zu entfalten. Der LWL errichtet und betreibt Förderschulen mit den Förderschwerpunkten körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sehen sowie Sprache (Sekundarstufe I). Er hat ein Netz von insgesamt 35 Schulen für sinnes- und körperbehinderte Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Orten in Westfalen-Lippe ausgebaut, in denen ca. 7.000 Kinder und Jugendliche ihren Fähigkeiten entsprechend schulisch gefördert werden.

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht (www.lwl.org/ks)

Dem wachsenden Suchtmittel- und Drogenmissbrauch und der großen Zahl von Abhängigkeitserkrankungen in Westfalen-Lippe begegnet die LWL- Koordinationsstelle Sucht durch Information, Beratung, Qualifizierung und richtungsweisende Modellprojekte. Ihren Service nutzen vor allem die ca. 900 Einrichtungen der Suchthilfe in Westfalen-Lippe. Sie ist als Beraterin und Koordinatorin der Suchthilfe unter anderem zentrale Ansprechpartnerin für Facheinrichtungen, LWL-Kliniken, Elternkreise oder Gremien - insbesondere auf regionaler, Bundes- und Europaebene. Sie erstellt praxistaugliche Arbeitshilfen, informiert über Forschungsergebnisse und über die aktuelle Gesetzgebung. Sie qualifiziert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Suchthilfeeinrichtungen und -initiativen in Fort- und Weiterbildungen. Die von ihr konzipierten und erprobten Modellprojekte sind ein Motor für die Weiterentwicklung der Suchthilfe - nicht nur in Westfalen-Lippe.

**Personalentwicklung
Öffentlichkeitsarbeit
Controlling**

Sandra Uphues, Tel.: 3640
Andreas Gleis, Tel.: 3457
Marie-Susanne Weischer, Tel.: 5952

**Referat 10
Internvertretung, LWL-Schulen,
Jugendheime, Jugendhof Vlotho**

Annette Traud
Tel.: 3627

**LWL-Jugendhilfeeinrichtungen
LWL-Internate
LWL-BBW**

Karl-Heinz Schmitz
Tel.: 3642

**LWL-Förderschulen
Schüler- und
Behindertenbeförderung**

Klaus Adriaans
Tel.: 3695

**Haushalt und Prüfung
LWL-Landesjugendamt**

Ewald Bussmann
Tel.: 3634

**Referat 20
LWL-Koordinationsstelle Sucht**

Wolfgang Rometsch
Tel.: 4710

Modelle & Projekte

Wolfgang Rometsch
Tel.: 4710

**Fort- & Weiterbildung
Beratung & Service**

Doris Sarrazin
Tel.: 5481

**7 LWL-Schulverwaltungen
mit insgesamt 35 Förderschulen:**

- Förderschwerpunkt Sehen
- Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation
- Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung
- Förderschwerpunkt Sprache (Sekundarstufe I).
- 4 LWL-Internate
- LWL-Berufsbildungswerk Soest

**LWL-Heilpädagogisches
Kinderheim Hamm**

Dr. Kurt Frey
Tel.: 02381 9736615

Landesrat

Hans Meyer
Tel.: 225

Referat 30 Kindertagesbetreuung Jugendförderung

Klaus-Heinrich Dreyer
Tel.: 5926

Kinder- und Jugendförderung

Mareile Kalscheuer
Tel.: 3623

Fachberatung Tagesbetreuung von Kindern

Christa Döcker-Stuckstätte
Tel.: 5962

Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder

Barbara Thüner
(kommisarisich)
Tel.: 5839

Finanzierung von Kindern mit Behinderung

Norbert Rikels
Tel.: 4593

Referat 40 Erzieherische Hilfen

Matthias Lehmkuhl
Tel.: 3635

Beratung, Planung, Förderung

Martin Lengemann
Tel.: 5786

Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen

Peter Dittrich
Tel.: 3606

LWL-Zentrale Adoptionsstelle, Andere Aufgaben, Kostenerstattung, Schiedsstelle

Alfred Oehlmann-Austermann
Tel.: 3644

LWL-Jugendzentrum Marl

Michael Baune
Tel.: 02365 9248832

LWL-Berufskolleg Fachschulen Hamm

Hans-Joachim Büker
Tel.: 02381 893466

LWL-Jugendheim Tecklenburg

Almut Wiemers
Tel.: 05482 6610

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Heidrun Kaiser
Tel.: 05733 923320



*Damit eine altersgemäße Entwicklung erfolgen kann,
müssen die Rahmenbedingungen stimmen.
Dafür sorgt das LWL-Landesjugendamt Westfalen.*

Axel Ronig, Jugendamtsleiter Hamm

**LWL-Landesjugendamt Westfalen verbessert Bedingungen
für Kinder mit Behinderungen**

Zusammen mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Jugendämtern hat der LWL eine differenzierte Angebotsstruktur im Bereich der Kindertageseinrichtungen entwickelt. So werden für Kinder mit Behinderung sowohl heilpädagogische Tageseinrichtungen als auch integrative Einrichtungen angeboten. Für diese Angebote gibt der LWL inzwischen mehr als 100 Millionen Euro jährlich aus. Rund 75 % der Kinder mit Behinderung werden in integrativen Kindergärten gefördert. Ihre Förderung soll nun durch die neuen Förderrichtlinien des LWL noch verbessert werden. Diese sehen u. a. eine Förderung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren und eine einfachere und flexiblere Mittelverwendung vor.

Ansprechpartner beim LWL:

Christa Döcker-Stuckstätte / Norbert Rikels
LWL-Landesjugendamt Westfalen
Warendorfer Str. 25
48133 Münster
Tel.: 0251 591-5962 / -4593
christa.doecker-stuckstaette@lwl.org
norbert.rikels@lwl.org

Es ist nie zu spät für einen integrativen Ansatz bei Kindern mit Behinderung – aber kann es zu früh sein?



Axel Ronig ist Leiter des Jugendamtes Hamm

Herr Ronig, es ist nie zu spät für einen integrativen Ansatz bei Kindern mit Behinderung – aber kann es zu früh sein?

Nein. Ich halte es für sehr wichtig, die kindliche Entwicklung möglichst früh wachsam zu begleiten, um zum Beispiel passgenaue medizinische oder sozialpädagogische Hilfen anzubieten. Deswegen sollten die Kinder auf jeden Fall an den Untersuchungen zur Kinderfrüherkennung teilnehmen. Zudem besitzt die therapeutische Arbeit der Frühförderstellen eine wichtige Funktion.

Welche positiven Folgen erwarten Sie, wenn Kinder mit Behinderung schon unter drei Jahren einen integrativen Kindergarten besucht haben?

Ich halte es für enorm förderlich, wenn Kinder mit Behinderungen in der Normalität des Alltags einer Regeleinrichtung aufwachsen. Das stärkt sie und die Kinder, mit denen sie dort aufwachsen, im sozialen Umgang miteinander. Es fördert die Toleranz in unserem gesellschaftlichen System. Das gemeinsame Aufwachsen in integrativen Einrichtungen bietet allen Kindern viele Anregungen.

Was ist das Besondere an der Arbeit mit den unter Dreijährigen?

Ich teile die Grundauffassung des Modellprojekts „Förderung von Kindern mit Behinderungen unter drei Jahren“ des LWL-Landesjugendamtes Westfalen: Jeder Behinderungsgrad ist integrativ in Regeleinrichtungen förderbar. Allerdings muss Integrationsarbeit ein Bestandteil der Konzeption einer Einrichtung sein. Damit eine altersgemäße Entwicklung erfolgen kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Konkret heißt das: Für die unter Dreijährigen müssen je nach Art der Behinderung entsprechende Einrichtungsgegenstände und Hilfsmittel vorhanden sein. Der Personalschlüssel, die Ausbildung und eine Begleitung der Fachkräfte müssen gewährleistet sein.

Wie werden die Kinder mit Behinderungen im Kindergartenalltag vor Überforderung geschützt?

Maßstab für die Förderarbeit sollte der Entwicklungsstand des behinderten Kindes sein. Die vielen Einflüsse und Anregungen, die auf diese, aber auch auf die anderen Kinder in einer integrativen Gruppe einströmen, bedingen entsprechende Voraussetzungen. Ich denke dabei an ein gutes Auge bei der Zusammensetzung der integrativen Gruppe, an Kleingruppenarbeit, an geeignete Materialien sowie an Rückzugsmöglichkeiten, um den Kindern mit Behinderung die Möglichkeit zu geben, Geschehnisse aus der Gruppe verarbeiten zu können, ohne ständig neuen Reizen ausgesetzt zu werden.

Wie werden die Erzieherinnen und Erzieher aus- und weitergebildet, um die Kinder möglichst passgenau betreuen zu können?

Durch den besonderen Schwerpunkt, den das LWL-Landesjugendamt in den vergangenen Jahren gesetzt hat, existieren mittlerweile gute Standards in der Ausbildung zur Integrationskraft. Der LWL, aber auch die verschiedenen Trägerorganisationen, bieten zudem berufsbegleitend Aus- und Fortbildungen an.

Die Finanzen sind immer ein Thema: Wo kommt das zusätzliche Geld her?

Nachdem die Politik die Förderung von Kindern mit Behinderungen in das KiBiz aufgenommen hat, hat sich der Stellenwert der integrativen Erziehung im Land weiter verbessert. Ohne die zusätzliche Förderung durch das LWL-Landesjugendamt wären die jeweiligen Träger jedoch nicht in der Lage, diese wichtige Aufgabe in der notwendigen Qualität zu erledigen.

Auswahl weiterer Aktivitäten und Initiativen des LWL-Landesjugendamtes zur Leitlinie „Integration von Kindern mit Behinderung als übergreifende Jugendhilfeaufgabe begreifen“:

- Jährliche Bedarfsplanung für die Versorgung von Kindern mit Behinderung
- Wissenschaftliche Untersuchung zur Wirksamkeit unterschiedlicher Hilfeformen bei der Versorgung von Kindern mit Behinderung durch die Universität Siegen
- Modellprojekt zur Förderung von Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren, Universität Bremen
- Neufassung der Richtlinien des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zur Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen vom Dezember 2008



„Verfahrensabläufe dürfen nicht nur auf dem Papier stehen – sie müssen gelebt werden.“

Manuel Ashauer, Leiter des Jugendamtes Gevelsberg

Unterstützung der Jugendämter bei der Umsetzung der fachlichen und organisatorischen Anforderungen des § 8a SGB VIII

Gerade in den letzten Jahren hat es im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tiefgreifende gesetzliche Änderungen und Entwicklungen gegeben. Diese müssen in den Jugendämtern vor Ort umgesetzt werden, gleichzeitig muss die Qualität der Arbeit gesichert und verbessert werden. Das LWL-Landesjugendamt unterstützt die Jugendämter bei dieser Aufgabe, indem es bei der Entwicklung von Verfahrensstandards behilflich ist, fachliche Inputs gibt und den Prozess insgesamt begleitet.

Ansprechpartnerin innerhalb des LWL:

LWL-Landesjugendamt,
Heidi Knapp
Tel.: 0251-591-3652
Fax: 0251-591-275
heidi.knapp@lwl.org



Ist es nicht schwierig, die Jugendämter in einer Gruppe unter einen Hut zu bekommen?



Manuel Ashauer ist
Leiter des Fachbereiches
Bildung, Jugend
und Soziales der Stadt
Gevelsberg

Herr Ashauer, ist es nicht sehr schwierig, die Jugendämter von drei Städten in einer Projektgruppe unter einen Hut zu bekommen?

Nein, denn es gab in verschiedenen Bereichen ohnehin eine sehr gute und enge Zusammenarbeit zwischen diesen doch recht kleinen Jugendämtern. Deshalb kam es nicht zu Schwierigkeiten. Die Initiative ging in diesem Fall von einem der beteiligten Ämter aus. Die Möglichkeit, im Rahmen eines Inhouse-Seminars zu handfesten Ergebnissen zu kommen, hat die Motivation aller Beteiligten zur Kooperation weiter erhöht.

Welche konkreten Vorteile hat die interkommunale Zusammenarbeit?

Interkommunale Zusammenarbeit – gerade, wenn die Kommunen so nah beieinander liegen – stärkt die Position der Jugendhilfe, weil wir nun mit einer stärkeren Stimme sprechen. Außerdem schaffen wir mit der Projektgruppe Synergieeffekte, ganz einfach, weil nicht jedes kleine Jugendamt mit häufig doch recht geringen personellen Ressourcen in jedem Fall das Rad neu erfinden muss.

Wie helfen Verfahrensstandards bei einer möglichen Kindeswohlgefährdung?

Standards geben den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im ASD Sicherheit – und zwar besonders im Umgang mit ohnehin äußerst schwierigen Situationen. Sicherheit und Professionalität sind gerade in diesem Arbeitsgebiet unerlässlich.

Welche Standards halten Sie persönlich für besonders sinnvoll?

Zunächst einmal ist die Dokumentation des festgelegten Verfahrensweges hilfreich. Letztlich halten wir dadurch fest, welche Arbeitsschritte wir wann und wie gemacht haben. Hinzu kommt, dass wir uns in der Projektgruppe regelmäßig und intensiv kollegial austauschen. Dadurch fließen mehr individuelle Aspekte in die Betrachtung eines Falls ein.

Gab es in jüngerer Vergangenheit ein Beispiel, bei dem sich zeigt, wie wichtig Standards sein können?

Vor kurzem berichtete mir eine Vermieterin von einer neu zugezogenen Familie mit jungen Kindern, die häufig laut und lang weinten. Nachbarn im Haus seien bereits auf die Familie zugegangen, doch habe diese keine Kommunikationsbereitschaft gezeigt. Die Informationssituation war für mich vage, doch wegen bestimmter Indikatoren – junge Kinder, neu zugezogen, nicht redebereit – habe ich den ersten Teil des Meldebogens ausgefüllt und dem ASD übergeben. Die erfahrene Kollegin dort vermutete zunächst eine kleine nachbarschaftliche Differenz, doch es zeigte sich bei einem Besuch, dass die jungen Kinder in einer belastenden Situation lebten und ambulante Maßnahmen nötig sind. Die Standards können also Fehleinschätzungen vermeiden, die sich auch – oder sogar gerade – bei erfahrenen Mitarbeitern ergeben, die ihren Bezirk genau zu kennen glauben.

Gerade, wenn es um Kindeswohlgefährdung geht: Kann man denn trotz der klar definierten Abläufe noch flexibel genug reagieren?

Standards sind keine Dogmen, sondern klare Handlungsabläufe. Die Professionalität und die persönlichen Erfahrungen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lassen auch weiterhin Gestaltungsspielräume zu. Das ist auch notwendig, denn letztlich ist das Leben einfach zu vielschichtig, um für alle Eventualitäten Verfahrensabläufe zu schaffen.

Die Arbeit mit den neuen Verfahrensstandards ist zeitintensiv. Macht sich das bei der Motivation Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemerkbar?

Die Arbeit ist tatsächlich zeitintensiv, denn Verfahrensabläufe dürfen nicht nur auf dem Papier stehen – sie müssen gelebt werden. Absolute Priorität haben bei uns Mitteilungen von Kindeswohlgefährdungen, und natürlich kann eine solche Meldung den geplanten Tagesablauf komplett durcheinander werfen. Aber darunter leidet nicht die Motivation. Im Gegenteil, denn die Standards geben Sicherheit – und wer sich sicher fühlt, geht motiviert an die Arbeit. Was wirklich demotivierend wirken würde, wären Unsicherheiten.

Wie schwierig ist es, in Zeiten knapper Kassen gegenüber der Kommunalpolitik Argumente wie „Qualität“ oder eine Kooperation mit anderen Städten ins Spiel zu bringen?

Heidi Knapp vom LWL-Landesjugendamt Westfalen hat unsere Verfahrensstandards im Jugendhilfeausschuss der Stadt Gevelsberg vorgestellt – und es ist sehr hilfreich, wenn externe Experten lokalen Politikern Entwicklungen und Konzepte vermitteln. Generell ist die Politik hier offen für die Belange der Jugendhilfe, und zwar sowohl für unsere Ansprüche an die Qualität unserer Arbeit als auch für die Kooperation der drei Jugendämter.

Auswahl weiterer Aktivitäten des LWL-Landesjugendamtes zur Leitlinie „Zeitnahe Informationen und Unterstützung bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben und aktueller Entwicklungen“:

- Das LWL-Landesjugendamt informiert über den E-Mail Newsletter Rechtsfragen nahezu tagesaktuell über neue gesetzliche Vorgaben und aktuelle Entwicklungen.
- Vorsorgeuntersuchungen für Kinder: Entwicklung eines Verfahrens zur Umsetzung der UTeilnahmeDatVO für die kommunale Jugendhilfe.
- Begleitung der Umsetzung kommunaler Förderpläne, z.B. Beratung zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes NRW in einer Nothaushaltskommune mit „Sparberater“.
- Infoveranstaltungen im Bereich Kinder- und Jugendförderung, z.B. Beratung von kleinen Initiativgruppen und Fachtage, Förderberatung zu Landesmitteln und Verwendungsnachweisprüfung in der Jugendförderung.
- Einrichtung zahlreicher Mailinglisten um den interkommunalen Informationsaustausch kontinuierlich zu gewährleisten.



„Die Neugierde von Kindern und die Weiterbildung der pädagogischen Mitarbeiter bilden zusammen ein großes Potenzial.“

Birgit Stoffers, Erzieherin in der Tageseinrichtung „Das Kinderhaus“ in Oelde

Technische Bildung in Oelder Kindergärten

Im Pilotprojekt „Naturwissenschaftlich-technische Bildung in Oelder Kindertageseinrichtungen“ wollen die Stadt Oelde, der Initiativkreis Wirtschaft Oelde und die Initiative Zukunft durch Innovation NRW zusammen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe Konzepte zur frühkindlichen Bildung erarbeiten. Neben der entsprechenden Qualifizierung der Erzieher/innen steht vor allem die Förderung der kindlichen Neugier und Entdeckerfreude im Vordergrund des Projekts. In den Kindertageseinrichtungen werden zum Beispiel kleine Forschungsstätten eingerichtet, an denen die Kinder selbst experimentieren können, oder die Kinder sehen die praktische Anwendung des Wissens bei Besuchen in Oelder Firmen. Die Ergebnisse des Pilotprojekts können nach Abschluss auch anderen Kindertageseinrichtungen als Hinweise für die Einrichtung ähnlicher Projekte dienen.

Ansprechpartner beim LWL:

Irmgard Grieshop-Sander, Anita Kässler,
Marianne Kitzmann
LWL-Landesjugendamt Westfalen
Warendorfer Str. 25
48133 Münster
Tel.: 0251 591-5877/4031/5961
irmgard.grieshop-sander@lwl.org
anita.kaessler@lwl.org
marianne.kitzmann@lwl.org





Birgit Stoffers ist Leiterin der Oelder Kindertageseinrichtung „Das Kinderhaus“



Dr. Reinhold Festge ist als Geschäftsführer der Firma Haver & Boecker am Projekt beteiligt

Hand aufs Herz, haben Sie für alle naturwissenschaftlichen Fragen der Kinder eine Antwort parat?

Frau Stoffers und Herr Dr. Festge, Hand aufs Herz, haben Sie für alle naturwissenschaftlichen Fragen der Kinder eine Antwort parat?

Birgit Stoffers: Wenn das so wäre, hieße ich wohl Einstein. Ich finde es ist völlig normal, den Kindern zu antworten, dass ich etwas nicht weiß und mich selbst erst einmal schlau machen und im Internet oder in Büchern recherchieren und nachlesen muss.

Dr. Reinhold Festge: Die Neugierde der Kinder ist immer wieder frapierend, wobei die Assoziationen der Kinder oft nicht in die strukturierten Vorstellungsweisen der Erwachsenen passen. Daher haben uns die Kinder doch hier und da mit schwierigen Fragen überrascht, die wir nicht aus dem Stegreif beantworten konnten.

Wissensvermittlung für Kinder bedeutet ja nicht, einfach nur eine Werksführung zu machen. Wie haben Sie Ihren Betrieb auf die Vermittlung vorbereitet?

Festge: Wir zeigen den Kindern einzelne Prozessschritte im Detail und versuchen vor allem, ihnen die Grundprinzipien der jeweiligen Arbeitsschritte deutlich zu machen. Dabei konnten wir Ihnen beispielsweise bei der Herstellung von

Lernmitteln erklären, die wir in unserer Druckerei produzieren, dass dies ein komplizierter Vorgang ist, hinter dem viel Wissen und Arbeit steckt. Wir haben den Eindruck, dass die Kinder ihre Bücher jetzt mit anderen Augen sehen.

Und umgekehrt: Haben Sie auch etwas gelernt?

Festge: Wir haben gelernt, dass es durchaus Sinn ergeben kann, die Kinder bei der Entwicklung neuer Produkte aus unserem Hause frühzeitig mit einzubinden.

Frau Stoffers, welche Einflüsse in der Erziehung beeinflussen die kindliche Neugierde und Experimentierlust?

Stoffers: Eltern und Erzieher nehmen Einfluss durch die Vorbildfunktion. Alle Verantwortlichen sollten sich unter anderem folgende Fragen stellen: Wie wichtig ist mir das Thema und wie viel Platz räume ich dafür ein? Bin ich selbst neugierig und habe Lust, zu forschen und zu entdecken? Welche Umgebung und Materialien biete ich den Kindern zum Forschen? Und: Toleriere ich Chaos und Dreck beim Forschen und Experimentieren?

Wie kann eine Kindertagesstätte technische und naturwissenschaftliche Bildungselemente in den Alltag einbauen?

Stoffers: Zum Beispiel durch Forscherkisten. Die Kinder sollten einen Extraraum oder einen eigenen Bereich im Gruppenraum bekommen, auf den sie jederzeit zurückgreifen können. Alle Materialien wie Lupen, alte Elektrokleingeräte, Wasser oder Alltagsverbrauchsmateri-

alien sollten jederzeit frei verfügbar sein. Auch Forscherbücher für Kinder sind hilfreich. Für die pädagogischen Mitarbeiter sind Fortbildungen sinnvoll, für die Eltern praktische Informationsabende.

100.000 Euro für das Projekt sind eine Menge Geld. Warum wird sich das Projekt nachhaltig rechnen?

Stoffers: Die Neugierde bei Kindern und die Weiterbildung der Pädagogischen Mitarbeiter bilden ein großes Potenzial. Wenn es uns gelingt, den Wissensdurst der Kinder aus dem vorschulischen Bereich, im Grundschulalter weiterhin zu stillen, werden wir in Zukunft alle davon profitieren.

Wird in Deutschland, dem Land der Ingenieure, mit der Vermittlung technischen Wissens früh genug begonnen?

Festge: Es ist dringend notwendig, mit der technischen Ausbildung so früh wie möglich zu beginnen, damit die Kinder erstens besser verstehen, was um sie herum passiert und sie zweitens ihre Neigungen früher erkennen können.

Auswahl weiterer Aktivitäten zur Leitlinie: „Früh fördern, Erziehungskompetenzen von Familien stärken und Familienzentren mitentwickeln“:

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen engagiert sich stark beim Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern: Neben der Investitionskostenförderung leistet das Landesjugendamt intensive Beratung und Fortbildung. Schwerpunkt sind die Planungen neuer Angebote und die konzeptionelle, pädagogische Ausrichtung auf eine Zielgruppe, die die Strukturen in den Kindertageseinrichtungen massiv verändern wird.

Für die Stärkung von Erziehungskompetenzen bietet das Landesjugendamt zahlreiche Beratungen und Fortbildungen für Fachkräfte der Jugendhilfe an. Auch die Förderung von Elternkompetenzkursen mit Landesmitteln, sowie die Durchführung eines Beratungsnetzwerkes „Frühe Hilfen“ sind diesem Bereich zuzuordnen.

Beim Ausbau der Familienzentren hat das Landesjugendamt die finanzielle Förderung der 750 gestarteten FamZ übernommen. Daneben haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LJA in Kompetenzteams mitgewirkt, einen unterstützenden Arbeitskreis für die Mitarbeiter/innen aus Jugendämtern in der Pilotphase begleitet sowie Veranstaltungen zu Perspektiven von Familienzentren im Rahmen der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaft initiiert.



Mitarbeiter des Kreises Paderborn
und des Landesjugendamtes in Aktion

*„Die größte Herausforderung ist es, die Aufbruchstimmung
und den Geist des Wandels lebendig zu halten – im Sinne einer
ständig notwendigen Weiterentwicklung.“*

Günther Uhrmeister, ASD-Leiter im Kreis Paderborn

Organisations- und Qualitätsentwicklung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Das Expertenteam des LWL-Landesjugendamtes Westfalen berät und begleitet Allgemeine Soziale Dienste langfristig bei ihrer Organisations- und Qualitätsentwicklung. Es geht insbesondere darum, neue Sichtweisen zu entwickeln und team- und sozialraumorientierte Hilfeleistungen möglich zu machen. Aus dem zentral in der Verwaltung sitzenden ASD soll ein moderner Kinderschutzdienst werden. Dieser Umbau des ASD wird vom LWL durch Seminare, Workshops und In-house-Veranstaltungen im Rahmen von Projekten mit dem jeweiligen ASD oft über mehrere Jahre hinweg unterstützt. Dabei werden immer auch die Situation und der Bedarf vor Ort berücksichtigt.

Ansprechpartnerin beim LWL:

LWL-Landesjugendamt
Beate Roterling
Tel.: 0251 591-4566
Fax: 0251 591-275
Beate.Roterling@lwl.org



Herr Uhrmeister, bekommt Ihnen und Ihren Kollegen der Wandel von Einzelkämpfern zu Teamplayern?



Günther Uhrmeister
ist Leiter der Sozialen
Dienste sowie stellver-
tretender Amtsleiter im
Kreis Paderborn

Heute möchte keiner mehr das Rad zurück drehen. Insbesondere in schwierigen Fällen wird die kollegiale Beratung im Team als Stärkung und Entlastung erlebt. Aber der Weg zu einer reflektierenden und damit permanent lernenden Organisationsform ist nicht ohne Falltüren. Es werden Stärken sichtbar, aber eben auch Schwächen – das ist menschlich. Der offene und ehrliche Umgang damit erfordert von den Fachleuten ein hohes Maß an persönlicher und sozialer Kompetenz sowie eine gesunde Fehlerkultur, die auch von der Leitung getragen wird. Gerade an dieser sehr menschlichen Stelle war es besonders wertvoll, dass das LWL-Landesjugendamt Westfalen den Prozess begleitet und moderiert hat.

Welche Rolle spielt in Ihrer Arbeit das soziale Umfeld mit Nachbarschaften, Schulen oder Ärzten?

Dort können wichtige Ressourcen schlummern, die es zu nutzen gilt. Unser „Soziales Frühwarnsystem“ verbindet uns planmäßig mit Einrichtungen außerhalb der Jugendhilfe, mit Hebammen, Ärzten oder Schulen vor Ort. Runde Tische unterschiedlicher Fachdisziplinen ringen darum, die Lebensbedingungen für Kinder und Familien zu verbessern. In Einzelfällen nutzen wir gute nachbarschaftliche Beziehungen in Hilfesystemen. Moderne Sozialarbeit orientiert sich grundsätzlich an Lebenswelt und Sozialraum, woran wir uns auch im beruflichen Alltag halten.

Was können Mitarbeiter der Allgemeinen Sozialen Dienste tun, um das soziale Umfeld in die Arbeit zu integrieren?

Die ASD-Fachkraft versteckt sich nicht hinter Einzelfällen, sondern zeigt sich im Sozialraum – und zwar nicht nur in Kindergärten und Schulen. Und: Sie zeigt vor allem, was sie kann – und da ist der Kinderschutz eben unser Markenzeichen, das in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit genießt. Unsere ASD-Fachkräfte laden zu Informationsabenden zum Kinderschutz ein und organisieren Schulungen für freie Träger. Die Menschen vor Ort nehmen diese Angebote an – ein Erfolg, der bei uns noch einmal einen neuen Schub für eine verbesserte Zusammenarbeit im Sozialraum ausgelöst hat. Diese guten persönlichen Kontakte sind eine wichtige Ressource für das Alltagsgeschäft.

Welche qualitativen Fortschritte in der Arbeit sind schon jetzt zu beobachten? An welchen Stellen profitieren die schutzbedürftigen Kinder und Jugendlichen?

Wir schauen genauer hin, wenn wir den Hilfebedarf feststellen und den Fall verstehen wollen. Wir leiten, wenn wir einen vordergründigen Hilfebedarf sehen, nicht im voreiligen Gehorsam Maßnahmen ein, sondern suchen mit den Beteiligten nach Zielen. Das ist die große Kunst: Die richtigen Ziele zu finden und sich darüber zu verständigen. Wir neigen immer noch dazu, vorschnell in Maßnahmen zu denken. Wenn es uns gelingt, die Bedürfnisse der betroffenen Kinder und Jugendlichen noch mehr in den Fokus zu nehmen, profitieren sie am Ende davon.

Ein funktionierendes Team verlangt nach Austausch: Welche Methoden wenden Sie an, um diesen lebendig zu erhalten?

Kollegiale Beratung ist ein Schlüssel, um einen Fall zu verstehen und die eigene Wahrnehmung zu erweitern. In wöchentlichen Teamsitzungen verteilen wir die Fälle und widmen uns Alltagsfragen. Zudem bringen uns Workshops an drei bis vier Tagen im Jahr zum „methodischen Auftanken“ zusammen. Da sind wir übrigens wieder eng mit unserer „Tankstelle“, dem LWL, verknüpft, wo die Kolleginnen und Kollegen ein gutes Auge für den Theoriebedarf in der Praxis haben.

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen begleitet Ihre Arbeit mit „Ad-hoc-AGs“: Was muss man sich darunter vorstellen – und wie schnell und flexibel können Sie sein?

Das „Kick“, also Kinder- und Jugendhilfe Weiterentwicklungsgesetz, hat 2005 den Anstoß für einen wirksameren Kinderschutz in Deutschland gegeben. Seitdem werden wir im Stakkato mit neuen gesetzlichen und fachlichen Anforderungen konfrontiert: Umsetzung des erweiterten Schutzauftrages, Ausbau der frühen Hilfen, das neue Familienrecht, das neue Meldeverfahren, das die Teilnahmequote an Früherkennungsuntersuchungen erhöhen soll, um nur einige zu nennen. Die Ad-hoc-Angebote des LWL helfen uns Schritt zu halten und schnell, aber ohne Qualitätsverlust, die neuen Aufträge umzusetzen.

Sie leiten den Strukturwandel in Ihren Sozialen Diensten federführend. Was ist die größte Herausforderung für Sie? Und was die größte Freude?

Die größte Herausforderung ist, die Aufbruchstimmung und den Geist des Wandels lebendig zu halten – im Sinne einer ständig notwendigen Weiterentwicklung. Zur großen Freude stelle ich fest, dass in der Jugendhilfe jeder Tag neue unbekannte Herausforderungen mit sich bringt, die unabhängig von einem selbst dafür sorgen, dass man nicht stehen bleibt.

Auswahl weiterer Aktivitäten des LWL-Landesjugendamtes zur Leitlinie „Unterstützung von Leitungspersonen beim Management von Jugendhilfe-Dienstleistungen“ noch:

- Vielfältige und zeitnahe Unterstützungsangebote zum KiBiz (z.B. spontan entwickelte Fortbildungsreihe im Herbst 2008 sowie umfangreiche Beratung auf allen Ebenen)
- Zum 3. Ausführungsgesetz des KJHG wurden Empfehlungen erarbeitet, es gab intensive Beratung von 75% aller Jugendämter in einer gezielten Fortbildungs- und Beratungsinitiative
- Auswertung von 90 % der Kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne und Veröffentlichung der Ergebnisse



„Es braucht Zeit, bis sich aus den vielen kleinen Alltagssituationen neue Handlungsrouinen entwickeln“

Jutta Schmidt, Jugendhilfeplanerin Witten

Zusammenführung von Offenen Ganztagsschulen und Offener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Witten

Das LWL-Landesjugendamt hat die Stadt Witten als Berater bei dem „Modell des pädagogischen Dreiklangs“ begleitet. Die mit dem Ausbau der Offenen Ganztagsschulen verbundene Befürchtung ist, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit dadurch überflüssig oder in die Abendstunden verdrängt wird. Vor diesem Hintergrund wurde in Witten ein Konzept entwickelt, das die drei Elemente Schule, Offene Ganztagsschule und Offene Kinderarbeit miteinander verbindet. So können die Kinder die verschiedenen Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote je nach Bedarf und Wunsch wahrnehmen. Gleichzeitig wird den unterschiedlichen Lebenssituationen und Anforderungen in den Familien Rechnung getragen.

Ansprechpartner beim LWL:

Irmgard Grieshop-Sander
LWL-Landesjugendamt Westfalen
Warendorfer Str. 25
48133 Münster
Tel.: 0251 591-5877
Fax: 0251 591-275
Irmgard.grieshop-sander@lwl.org



Begreifen Kinder noch, wann das Lernen aufhört und das freie Spiel beginnt?



Jutta Schmidt ist Jugendhilfeplanerin der Stadt Witten

Frau Schmidt, begreifen Kinder überhaupt noch, wann das Lernen aufhört und das freie Spiel beginnt, wenn Schule und Freizeit so sehr verzahnt werden?

Kinder sind von Natur aus neugierig und wollen lernen. Schule und Freizeit sind natürlich auch im Ganztage unterschiedliche Dinge für die Kinder. Aber der Unterschied kann durch die Gestaltung von Inhalten und Abläufen enorm angeglichen werden, ganz besonders wenn es gelingt rhythmisierende Elemente zu vereinbaren und zu realisieren.

Konkretes Beispiel: Es ist 15 Uhr. Die Hausarbeiten sind noch nicht ganz erledigt, aber das Freizeitprogramm startet. Wie sind diese Übergangsstadien organisatorisch geregelt?

Die Hausaufgaben dienen der Verfestigung des erlernten Stoffes. Sie reflektieren dem Lehrer, ob das Kind alles verstanden hat oder ob es noch Wissenslücken gibt. In der Regel soll die Dauer der Hausaufgaben bei Erst- und Zweitklässlern 30 Minuten und bei älteren Kindern der Klassen 3 und 4 eine Stunde nicht überschreiten. Der Tagesablauf in der Offenen Ganztagschule ist so organisiert, dass diese Zeit auch zur Verfügung steht, bevor das Freizeitprogramm beginnt. Reicht die Zeit bei einzelnen Kindern dennoch nicht aus, so ist nach den Ursachen zu forschen, um dem Kind zu helfen. In solchen Fällen kann nach der regulären Hausaufgabenzeit ein entsprechender Hinweis an den Lehrer in das Aufgabenheft geschrieben werden. Das Kind nimmt dann gemeinsam mit den anderen Kindern die Freizeitangebote wahr.

Ein „Pädagogischer Dreiklang“ von Schule, Offener Ganztagschule und Offener Kinderarbeit muss auch gut klingen. Wer unternimmt was, wenn Missklänge drohen?

Die strukturellen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit haben wir mit den „runden Tischen“ in den Häusern des Lebens und Lernens geschaffen. Bei Missstimmungen ist jeder der Kooperationspartner gefragt, gemeinsam mit den anderen Partnern eine Lösung im Sinne der Kinder zu finden. Sollte eine Einigung nicht möglich sein, kann man die Steuerungsebene darum bitten, zu vermitteln und zu entscheiden.

Was sagen die Mitarbeiter sowohl in den Kinder- und Jugendeinrichtungen als auch in den Schulen zu dem Modell?

Die Mitarbeiter müssen gewohnte Strukturen und Verfahrensabläufe neu überdenken und vielleicht auch loslassen, um neue Wege zu finden. Dafür müssen sie offen sein, großes Engagement und einen langen Atem zeigen. Im Interesse der Kinder ist diese Bereitschaft bei allen Beteiligten jedoch enorm groß.

Spart oder verursacht das Modell Kosten?

Weder noch! Vielmehr nutzen wir bei gleich bleibendem Budget die Ressourcen effizienter und investieren die frei werdenden Mittel, um die Qualität der Arbeit zu verbessern.

In acht von elf Kindertreffs in Witten funktioniert das Konzept schon – was ist mit den anderen drei?

Auch dort kommen wir dem Ziel der Verzahnung näher. Die infrastrukturellen Voraussetzungen sind hier aber nicht so günstig wie an den anderen Standorten. Es sind noch viele Fragen offen. Wir arbeiten daran.

Vervollständigen Sie bitte aus persönlicher Sicht folgenden Satz: „Wenn es zu meiner Schulzeit bereits solche Häuser des Lernens und Lebens gegeben hätte, dann ...?“

... hätte ich die Vielfalt der Möglichkeiten und Angebote genutzt, wäre nachmittags in Gesellschaft gleichaltriger Spielgefährten gewesen und hätte meine Begabungen und Interessen stärker erproben können als es mir möglich war.



Die bei der Stadt Witten erhältliche Broschüre dokumentiert den vom LWL-Landesjugendamt Westfalen begleiteten Prozessverlauf und zentrale Ergebnisse in anschaulicher und ansprechender Weise.

Auswahl weiterer Aktivitäten zu dieser Leitlinie:

- Engagement des LWL-Landesjugendamtes Westfalen bei der Investitionskostenförderung U3
- Abschluss des Beratungsprojektes „Werkstatt zur modellhaften Integration flexibler erzieherischer Hilfen in die OGS im Primarbereich“
- Das Landesjugendamt ist seit Sommer 2008 in die Beratergruppe des MSW im Rahmen der Ganztagsoffensive eingebunden. Es ist beteiligt im landesweiten Weiterbildungsnetzwerk „OGS / Ganztage“ und ist Mitglied der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Ganztage beim MSW
- Bericht zur Auswertung der Kommunalen Förderpläne 2007
- Mitarbeit an der neuen Bildungsvereinbarung bei der die „Übergänge“ berücksichtigt werden.
- Kontinuierliche Zusammenarbeit mit MSW, Bezirksregierungen, Serviceagentur Ganztäglich lernen im Rahmen der landesgeförderten Fachberatung und Konsultationen mit MGFFI, MSW und Bezirksregierungen
- Regelmäßige Fachtagungen zu gemeinsamen Themen von Jugendhilfe und Schule (Kinderschutz, Partizipation, Bildungslandschaften, interkulturelle Arbeit, gemeinsame Erziehungsverantwortung etc.)
- Neue Kooperationen mit verschiedenen Fachreferaten des MSW auch unabhängig des Ganztages (Schulsozialarbeit, Bildungsnetzwerke)
- Beginnende Zusammenarbeit mit Kompetenzteams zu verzahnten Fortbildungsangeboten von Jugendhilfe und Schule
- Gemeinsames Konzept von LWL und LVR zur Fachberatung im Bereich kommunale Bildungslandschaften



Canan Gelincik und Silke Engelhardt
sind Mitarbeiter des LWL-Heiki Hamm

„In Istanbul sieht man weniger Kopftücher als hier in Hamm.“

Canan Gelincik, LWL-Heiki Hamm

Angebote mit pädagogischen Fachkräften aus unterschiedlichen Kulturkreisen

Für eine gelungene Integration bedarf es des Bewusstseins über die eigene Identität. Oft fehlt es gerade Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln an der Sicherheit, wohin sie eigentlich gehören. Hier bietet das LWL-Heilpädagogische Kinderheim Hamm u. a. mit dem Netzwerk Istanbul Hilfe. Türkischstämmige Jugendliche aus Deutschland, die Probleme mit ihrer Sozialisation und Identitätsbildung haben, bekommen die Möglichkeit, für begrenzte Zeit das Leben in der Türkei kennen zu lernen. Sie leben in türkischen Gastfamilien in Istanbul und erfahren dort viel über ihren kulturellen Hintergrund und über ihre Wurzeln, was sehr wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung ist. Während des gesamten Prozesses werden sowohl die Gastfamilien vor Ort als auch die Jugendlichen von Fachkräften beraten bzw. therapeutisch begleitet.

Ansprechpartner:

Dr. Kurt Frey
Lisenkamp 27, 59071 Hamm
Tel.: 02381 97366-0
Fax: 02381 97366-11
www.lwl-heiki-hamm.de



Warum bringen Sie türkische Jugendliche in Gastfamilien in Istanbul unter?

Die deutsche Politik führt den Einbürgerungstest ein – warum helfen Sie türkischen Jugendlichen dabei, Ihre türkischen Wurzeln zu finden, indem Sie sie für ein halbes Jahr in Gastfamilien in Istanbul unterbringen?

Silke Engelhardt: Wie wichtig Wurzeln sind, zeigt ja schon die Bedeutung des Begriffs: Wurzeln geben uns Bodenständigkeit und Festigkeit. Nur, wenn wir gut und fest verwurzelt sind, können wir aus einem sicheren Stand heraus in andere Richtungen wachsen. Und die Wurzel des sozialen Lebens ist unsere eigene Identität.

Warum ist Identität so wichtig, wenn es um Integration geht?

Canan Gelincik: In Deutschland wird Integration oft mit Assimilation, also Anpassung, verwechselt. Integration ist mehr als das. Sie geht tiefer. Sie funktioniert nicht, ohne dass derjenige, von dem die Integration gefordert wird, eine Antwort auf die Frage weiß: Wer bin ich? Für türkischstämmige Jugendliche der dritten Generation, deren Großeltern vor 40 Jahren nach Deutschland kamen, ist die Beantwortung dieser Frage sehr schwierig, denn sie sind nun einmal weder eindeutig deutsch noch eindeutig türkisch. Das merken die Jugendlichen übrigens sehr schnell, wenn sie nach Istanbul kommen und dort von einigen als „die Deutschen“ bezeichnet werden.

Was nehmen die Jugendlichen nach dem halben Jahr in Istanbul mit nach Deutschland?

Gelincik: Zum Beispiel die Erkenntnis, wie wichtig es ist, eine Sprache richtig zu können. Hier in Deutschland hat sich ja in den letzten Jahren ein Gemisch aus Türkisch und Deutsch etabliert. Damit kommen sie in Istanbul nicht weit. Zudem ist es bewiesen, dass junge Leute, die sehr gut eine Sprache beherrschen, viel problemloser eine zweite erlernen. Gutes Türkisch ist also der beste Weg, um richtig Deutsch zu lernen. Hinzu kommt, dass die Jugendlichen in Istanbul eine ganz andere Türkei sehen als sie erwartet haben. Das Land ist viel offener geworden, vor allem in Istanbul. Man sieht dort zum Beispiel viel weniger Kopftücher als hier in Hamm.

Welche Familien in Istanbul qualifizieren sich dafür, Gastgeber für die Jugendlichen zu sein?

Gelincik: Da haben wir selber in den letzten Jahren dazugelernt. Zu Beginn griffen wir auf Familien aus unserem erweiterten Bekanntenkreis zurück. Einen Jugendlichen wollten wir zum Beispiel in der Familie einer weltoffenen Psychologin unterbringen, die uns geeignet schien. Doch als wir dann das Haus betraten, begrüßte uns direkt ein großes Propagandabild der rechtsradikalen türkischen Partei „Graue Wölfe“, mit denen der Hausherr sympathisierte. Damit so etwas nicht wieder passiert, absolvieren wir mit den potenziellen Gastfamilien intensive Vorbereitungsseminare.

Wie werden die Jugendlichen in Istanbul fachlich begleitet?

Gelincik: Begleitende Beratung und Therapie sind ein wichtiger Bestandteil des Programms. Die Schwierigkeiten, sich zu integrieren, gründen ja immer auf einer durchaus explosiven Mischung aus ande-

ren Problemen. Das geht vom Schule schwänzen über Drogensucht bis hin zu Kleinkriminalität.

Engelhardt: Wichtig ist auch eine Betreuung nach der Zeit in Istanbul. Wir haben einmal die Erfahrung gemacht, dass ein Jugendlicher aus Istanbul zurückkam, sich zwei Monate lang in Hamm tadellos verhielt und dann wieder Ärger machte. Seitdem wissen wir, wie wichtig die Nachbereitung ist.

Derzeit profitieren pro Jahr drei bis vier junge Menschen vom Netzwerk Istanbul. Lohnt sich der Aufwand für diese eher geringe Zahl?

Gelincik: Er lohnt sich, wenn man bedenkt, welche Rolle die Jugendlichen spielen, wenn sie aus der Türkei zurückkommen. Einer hat in Istanbul zum ersten Mal einen Mann am Kochtopf gesehen. Er hat gemerkt: Das geht – und kochte dann in Hamm zum ersten Mal in seinem Leben. Damit bricht er mit dem Rollenbild. Er leitet damit einen Wandel ein.

Engelhardt: Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Hier geht es um Identitätsfindung zwischen den Kulturen. Der Einzelfall steht im Focus und nicht eine Massenabfertigung. Betrachtet man die Chancen, die durch dieses Projekt für jeden einzelnen Jugendlichen entstehen, lohnt sich der Aufwand allemal.

Und folgende Aktivitäten gab es zu der Leitlinie „Interkulturelle Kompetenzen weiterentwickeln“ noch:

- Vielfältige Fortbildungen des LWL-Landesjugendamtes und des Jugendhofes für Fachkräfte zur Entwicklung einer größeren Sensibilität für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.
- LWL-Projekt „Gleichschritt“ in Oelde zur Verbesserung von Bildungschancen für türkische Kinder.
- Sprachförderung: Mit der Fortbildungsinitiative im Frühjahr 2008 hat das LJA im Kindertageseinrichtungsbereich ca. 1700 Fachkräfte erreicht.
- Interkulturelle Arbeit wurde bei Fortbildungen in der Kinder- und Jugendarbeit sowie bei der Entwicklung von Förderplänen als Querschnittsaufgabe umgesetzt.
- Die LWL-Koordinationsstelle Sucht gründete einen Arbeitskreis „Sucht & Migration“ und hatte Schulungen zur Transkulturellen Kompetenz im Angebot. Außerdem: Veröffentlichung des Bandes „Menschen mit Migrationshintergrund in den Suchthilfeeinrichtungen in Westfalen-Lippe“.
- Zahlreiche erfolgreiche Auslandsadoptionsverfahren.



*„Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen
haben nichts mit Suchtprävention zu tun.“*

Prof. Dr. Walter Kern, Pädagogische Hochschule Zürich

Trinken bis der Arzt kommt

Das exzessive Trinken, bekannt als „binge-drinking“ oder „Koma-Trinken“, ist derzeit ein Besorgnis erregender Trend unter Jugendlichen, der auch auf sog. „Flatrate-Partys“ verbreitet ist. Der Anteil der mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingelieferten Kinder und Jugendlichen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Dabei ist vor allem diese Gruppe durch hohen Alkoholkonsum gesundheitlich besonders gefährdet. Die LWL-Koordinationsstelle Sucht versucht diesem Trend entgegen zu wirken. Unter anderem beteiligt sie sich an dem europäischen Netzwerk „euro net“ und hat aktuell bei der EU-Kommission einen Projektantrag zum Thema „binge-drinking“ gestellt. Im Präventionsnetzwerk „euro net“ sind verschiedene nationale und regionale Organisationen aus 17 EU-Ländern und Russland vernetzt, um gemeinsame Konzepte zur Suchtprävention bei Jugendlichen zu entwickeln und zu erproben.

Ansprechpartner des LWL:

Wolfgang Rometsch
Tel.: 0251 591-4710
Fax: 0251 591-275
Wolfgang.Rometsch@lwl.org



Wie widerstehen Sie, den Fernseher aus dem Fenster zu werfen?



Prof. Dr. Walter Kern
ist Fachbereichsleiter
an der Pädagogischen
Hochschule Zürich

Herr Prof. Kern, wie widerstehen Sie, den Fernseher aus dem Fenster zu werfen wenn Sie sehen, dass in der ARD eine Bier-sorter das Fußball-Länderspiel präsentiert, und Privatsender „Reportagen“ von Mallorca zeigt, wo Saufen zum „guten Ton“ gehört?

Walter Kern: Auch wenn die Preise für TV-Geräte massiv gesunken sind, kann ich mir doch nicht wöchentlich ein neues Gerät zulegen. Ernsthaft: Ich vermeide es möglichst, meine freie Zeit mit TV-Sendungen zu verbringen in denen „Saufen“ auf diese Art und Weise zelebriert wird.

Haben sich die Gründe, warum Jugendliche Alkohol trinken, in den vergangenen Jahren gewandelt?

Es gibt 1000 Gründe, um zu trinken – und jeder ist so gut wie der andere. Bei aller Dramatik sollte man nicht vergessen, dass Nichtkonsum oder sehr punktueller Konsum in der Altersgruppe bis 16 Jahren die Norm ist. Rund 70 Prozent der Jugendlichen beider Geschlechter geben als Konsummotiv an, eine Party besser genießen zu können, weil es einfach Spaß macht und lustiger wird. Ein Grund, den wir als Erwachsene ja auch kennen. Jugendtypische Gründe sind dann eher Nonkonformismus oder eine Demonstration gegenüber den Erwachsenen. Alkoholkonsum kann auch eine Notbremse für Stress sein, der durch das Dilemma entsteht, sich ständig entwickeln zu müssen.

Woher kommt der Trend zum komatösen Saufen?

Historisch belegt sind Saufgelage in Babylon und später das Wett-saufen junger Ritter im Mittelalter. Heutige Erklärungen reichen von „Sport“ bis zu „Kult“. Das Beste für Jugendliche und junge Erwachsene daran ist, dass sich die Welt der Erwachsenen bis hin zur großen Politik darüber ereifert. Damit ist ein wichtiges Ziel erreicht, nämlich wahrgenommen zu werden. Bedenklich ist die Tatsache, dass schätzungsweise 160.000 Kinder und Jugendliche bis ungefähr 25 Jahre in Deutschland alkoholabhängig oder stark alkoholgefährdet sind – es das Jugendschutzgesetz aber gleichzeitig verbietet, alkoholische Getränke an Jugendliche unter 16 oder 18 Jahren zu verkaufen. Hier passt auf der Ebene des Gesetzvollzuges etwas überhaupt nicht zusammen.

Marken wie „Jägermeister“ waren früher Inbegriff von Spießbürgerlichkeit und gelten heute als „Lifestyle“-Marken. Sehen Sie dieses klugen und erfolgreichen Marketingstrategien mit Sorge?

Weshalb soll ich mir über kluge und erfolgreiche Marketingstrategien Sorgen machen? Vielmehr sollten wir von Seite der Prävention über die Mittel und dann auch den Mut verfügen, solche Strategien für unsere Sache klug abzukupfern und anzuwenden.

In einigen Kommunen gibt es bereits Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen. Ergibt das Sinn? Oder verdrängt man das Problem in dunkle Ecken?

Der einzige Sinn besteht darin, den Bürger vor einem häufig unappetitlichen Geschehen zu bewahren. Mit Suchtprävention hat das nichts zu tun. Der Lebensqualität im öffentlichen Raum ist das jedoch sehr zuträglich. Es darf sich nur niemand in die Tasche lügen und glauben, die konsumierenden Kids stünden nun am Limonadenstand.

Hilft Aufklärung? Wie und wo muss diese erfolgen?

Aufklärung im Sinne von Wissensvermittlung ist eine Voraussetzung, um Einstellungen und Verhalten zu verändern. Wissen alleine jedoch hat – wie wir alle aus eigener schmerzlicher Erfahrung kennen – noch lange keinen präventiven Effekt. Aufklärung muss offen und ehrlich erfolgen. So ist der Hinweis auf eine schädigende Wirkung des Alkohols ohne den Hinweis auf die wohltuende Wirkung dieser Substanz unverständlich und unglaubwürdig. Kein Mensch würde dann verstehen, wieso der Vater Bier trinkt.

Gab es Projekte mit Beteiligung des LWL, die in jüngster Vergangenheit besonders erfolgreich waren?

Ich kenne die LWL-Koordinationsstelle Sucht seit mehr als 20 Jahren, und ich bin noch immer von der kreativen und professionellen Gestaltungskraft dort beeindruckt. Die Chance, im Rahmen des Netzwerkes für praktische Suchtprävention „euro net“ an mehreren grenzüberschreitenden Praxisprojekten im Bereich „Peer Education“ mitzuwirken, hat meine Sicht als Schweizer auf Europa nachhaltig beeinflusst.

Auswahl weiterer Aktivitäten zur Leitlinie „Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Suchthilfe fördern und sekundäre Suchtprävention angehen“:

- Neuauflage der Manuale zur Suchtprävention euro youth + euro peers.
- Interne und externe Arbeitsgruppe „Jugend- / Drogenhilfe“ gegründet.
- Regionale Kooperationstreffen (Modellfachtag in Vorbereitung).
- Cannabisexpertise erstellt.
- Projekt AverCa – Aufbau einer effektiven Versorgungsstruktur zur Früherkennung und Frühintervention jugendlichen Cannabismissbrauchs.
- Projekt JaN - „Jugendhilfeeinrichtungen auf dem Weg zum Nicht-raucher“.
- Tabakentwöhnungsprogramme für Jugendliche in Westfalen-Lippe transferiert.
- Europäische Werkstatt „Suchtprävention“ durchgeführt.
- Entwicklung des Curriculums „Pädagogische Suchttherapie“ und Durchführung eines Pilotkurses.
- Weiterbildung RISFLECTING® durchgeführt.
- Inhouseschulung Jugendamt der Stadt Soest „Kind s/Sucht Familie“.

Fachkräfte aus unterschiedlichen Berufsgruppen finden eine gemeinsame Sprache zum Wohle von Kindern mit psychisch erkrankten Eltern.



„Es kann soweit gehen, dass ein Kind nicht mehr zur Schule geht, weil es den erkrankten Elternteil nicht alleine lassen will.“

Irmhild Schmidt, Leiterin der Regionalstelle Nord der Abteilung Jugend, Familie und Sozialer Dienst des Kreises Gütersloh

Kooperation zwischen Jugendamt, freien Trägern und Klinik der Erwachsenenpsychiatrie

Das Praxisprojekt „Aufbau von Hilfen für Familien mit multiprofessionellen Hilfebedarfen“ soll über eine Laufzeit von zwei Jahren die verbesserte Unterstützung von Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil in einer neuen Kooperationsform erproben. Damit soll für die betroffenen Kinder über eine möglichst lange Zeit ein stabiles Umfeld hergestellt werden. Auch müssen flexible Reaktionen in Krisen ermöglicht werden. Aus den im Projekt gesammelten Erfahrungen können wiederum andere Kommunen Anregungen für ähnliche Maßnahmen bekommen. Bedingung für das Gelingen dieses Konzepts ist eine strukturierte und standardisierte Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe, den Gesundheitsdiensten und der Erwachsenenpsychiatrie.

Ansprechpartner beim LWL:

LWL-Landesjugendamt Westfalen
Dr. Paul Erdelyi & Beate Roterling
Tel.: 0251 591-3611/4566
Fax: 0251 591-275
Paul.Erdelyi@lwl.org
Beate.Roterling@lwl.org





Rainer Hartwig-Clasmeier ist Leiter der Ambulanten Erziehungshilfen der Diakonie im Kirchenkreis Halle e.V.



Irmhild Schmidt ist Leiterin der Regionalstelle Nord der Abteilung Jugend, Familie und Sozialer Dienst des Kreises Gütersloh

Ein Fall, viele Helfer: Besteht da nicht die Gefahr, dass es zu einem Kompetenzgerangel kommt?

Rainer Hartwig-Clasmeier: Problematisch ist nicht ein „Kompetenzgerangel“, sondern fehlende Abstimmung untereinander und fehlendes Wissen übereinander. Die Gefahr ist, dass man aneinander vorbei arbeitet. Oberstes Ziel unseres Projektes ist daher, die trennenden Gräben zu überwinden. Wir wollen die notwendigen Kompetenzen bündeln, damit die Familien die bestmögliche Unterstützung bekommen.

Warum genügen die üblichen Standards der Jugendhilfe nicht mehr, um den Kindern und Jugendlichen in diesen Fällen ein stabiles Umfeld zu geben?

Hartwig-Clasmeier: „Nicht mehr“ suggeriert, dass die Jugendhilfe früher den Bedürfnissen entsprechen konnte. Dem ist aber nicht so. So kamen Maßnahmen der Jugendhilfe in Familien mit psychisch erkrankten Elternteilen häufig gar nicht zum Einsatz. Verstärkt in den Blick genommen hat man den besonderen Bedarf der Kinder und Jugendlichen mit psychisch erkrankten Eltern, wie auch den Bedarf der Eltern selbst, erst in den vergangenen Jahren. Nun müssen wir – vor dem Hintergrund der bestehenden fachlichen Angebote – hierfür passende Konzepte entwickeln, die in Zukunft die derzeitigen Standards erweitern.

Bei psychischen Erkrankungen kommt es oft zu akuten Krisen. An wen können sich die Kinder und Jugendlichen im Notfall wenden? Und wie werden die Kinder und Jugendlichen im Anschluss an eine solche Krise betreut?

Irmhild Schmidt: Die Kinder und Jugendlichen wenden sich in der Regel als erstes an vertraute Personen aus der Familie und ihrem direkten Umfeld. Diese Personen sind aber häufig überfordert. Sie benötigen Unterstützung aus der Psychiatrie, aber auch aus dem gesamten Bereich der Jugendhilfe: von Beratungsstellen, vom Jugendamt und den weiteren niederschweligen Unterstützungsbereichen.

Hartwig-Clasmeier: Erfreulicherweise entwickeln sich derzeit neue spezifische Angebote für die längerfristige Unterstützung der Kinder und Jugendlichen. Dort können sie sich in einem geschützten Raum mit dem Erlebten beschäftigen und daraus sogar positive, das Selbstwertgefühl stärkende Erfahrungen ableiten.

Auf welche Ängste treffen Sie bei Kindern und Jugendlichen, deren Vater oder Mutter in psychiatrischer Behandlung ist?

Schmidt: Viele Kinder haben Verlustängste und übernehmen bereits in jungen Jahren Verantwortung für die Familie. Es kann soweit gehen, dass die Kinder und Jugendlichen nicht mehr zur Schule gehen, weil sie den erkrankten Elternteil nicht alleine lassen wollen.

Hartwig-Clasmeier: Dies überfordert die Kinder und löst dementsprechend Ängste aus. Hinzu kommt die Befürchtung, dass etwas nach

außen dringt. Die Kinder haben Angst, dass es dann zu einer Trennung von den Eltern kommen könnte.

Aus Ihrer persönlichen Sicht: Was ist für Sie die größte Herausforderung dieser verstärkten Verzahnung von Hilfe?

Schmidt: Die größte Herausforderung ist und bleibt, einen Fall tatsächlich gemeinsam zu verstehen. Dass wir also bei aller notwendigen Parteilichkeit die jeweils anderen Bedürfnisse sehen und berücksichtigen. Dabei hilft uns die neutrale Moderation des Landesjugendamtes Westfalen. Es hat den großen Vorteil, dass es nicht direkt in die Fälle involviert ist und daher die unterschiedlichen Professionen würdigt, die an einem Fall mitwirken.

Hartwig-Clasmeier: Wenn sich Helfende abgrenzen, schränkt das ja nicht nur ein. Abgrenzung gibt auch Sicherheit – und diese geht eventuell erst einmal verloren, wenn man die Grenzen aufweicht und gemeinsam an einen Fall herangeht. Daher ist es wichtig, dass wir die Erfahrungen des Projektes in die Regelangebote einfließen lassen. Auf diese Weise wird es irgendwann zum Standard, komplexe Fälle fachbereichsübergreifend zu bearbeiten. So entsteht Sicherheit. Und vielleicht gibt es dann auch Anlaufstellen, in denen die noch getrennt voneinander bestehenden Hilfen in einem gemeinsamen Hilfeangebot zusammenfließen.

Auswahl weiterer Aktivitäten zur Leitlinie: „Zusammenarbeit mit Reha-Trägern und mit psychiatrischen Kliniken an den Schnittstellen Jugendhilfe/Behindertenhilfe verbessern“:

- Insbesondere bei § 35a SGB VIII hat das Landesjugendamt Vermittlung auf Anfragen von Jugendämtern im Falle von Zuständigkeitsstreitigkeiten im Einvernehmen mit dem AG KJHG der kommunalen Spitzenverbände übernommen.
- Start des abteilungsübergreifenden Projektes „Behinderte Kinder in Pflegefamilien“ innerhalb des LWL.
- Initiierung des Projektes „Aufbau von Hilfen für Familien mit multiprofessionellen Hilfebedarfen“.
- Interne Verhandlungen mit dem LWL-Psychiatrieverbund über eine verstärkte Vernetzung mit den drei LWL-Jugendhilfe-Einrichtungen.



*„Unser Erfolg zeigt sich in den Betriebspraktika:
Die Schüler sind dafür wesentlich besser vorbereitet als früher
und finden sich schneller zurecht“*

Andrea Niehr, Schulleiterin

Übergang von der Schule in den Beruf bei jungen Menschen mit Behinderung

Für junge Menschen mit körperlicher/motorischer Behinderung ist der Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt meistens sehr schwierig, aber nicht unmöglich. In verschiedenen Projekten hat sich gezeigt, dass bei einer frühzeitigen und kontinuierlichen Begleitung im Rahmen des Unterrichts an einer Förderschule durchaus eine reguläre Beschäftigung möglich ist. Die Schülerinnen und Schüler werden durch Betriebspraktika, Bewerbungstrainings, Übungen zur Nutzung des ÖPNV, etc. auf ihre künftige Tätigkeit vorbereitet. Die Betriebe und die Schüler/innen bekommen die Möglichkeit, sich schon vorab kennen zu lernen und mögliche Bedenken abzubauen. Dies erleichtert den optimalen Einstieg in ein „normales“ Berufsleben und trägt zur Integration von Menschen mit Behinderung bei.

Ansprechpartnerin beim LWL:

Doris Löpmeier
LWL-Landesjugendamt,
Schulen und Koordinationsstelle Sucht
Tel.: 0251 591-3393
Fax: 0251 591-275
doris.loepmeier@lwl.org



Sie bereiten Jugendliche mit Behinderung auf eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt vor. Hatten Sie schon Erfolg?

Frau Niehr, Sie bereiten Jugendliche mit Behinderung auf eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt vor, was sicherlich nicht einfach ist. Hatten Sie schon Erfolg?

Wir haben eine Schülerin und einen Schüler an die Firma Sibö Verpackungen GmbH Olpe vermittelt. Einem dritten Schüler wird dieser Schritt wohl auch gelingen. Diese jungen Leute haben sich bei Praktika bewährt, die Probezeit überstanden und inzwischen unbefristete Arbeitsverträge erhalten. Sie arbeiten im Produktionsbereich und bestücken Verpackungsmittelmaschinen. Ohne diese Chance hätten beide wohl „nur“ einen Platz in der Werkstatt für behinderte Menschen bekommen.

Welche Bedenken haben die Betriebe, wenn sie junge Menschen mit Behinderung als Arbeitskräfte einstellen sollen?

Wohl am ehesten, dass sie Menschen mit Behinderung bei Nichteignung nicht oder nur sehr erschwert kündigen können. Auch die Angst vor finanziellen Belastungen beim behindertengerechten Ausbau von Arbeitsplätzen macht Sorge. Bei der Firma Sibö war das Erstaunen groß, dass oft kleine, kostengünstige oder sogar kostenneutrale Veränderungen ausreichen, um den Arbeitsplatz an den behinderten Menschen anzupassen. Manchmal müssen Arbeitsabläufe nur etwas umgestellt werden. Das erfordert vom Anleiter ein wenig Kreativität und eine gewisse Offenheit, betriebsfremde Menschen mitreden zu lassen. Sehr hilfreich ist in dieser Hinsicht die Rolle des Integrationsfachdienstes, der eine Vermittlerposition zwischen Schule und Betrieb einnimmt. Die Beraterin gibt dem Betrieb die Sicherheit, dass er bei auftauchenden Problemen nicht alleine da steht.

Was müssen Förderschülerinnen und -schüler können, damit sie auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten können?

Sie müssen im Betrieb deutlich machen, dass sie wirklich motiviert sind, einen Arbeitsplatz am freien Arbeitsmarkt ausfüllen zu wollen. Sie müssen sich belastbar und kontaktfreudig zeigen. Sie benötigen sicher auch ein stabiles Selbstwertgefühl, um mit Schwierigkeiten zurecht zu kommen, die irgendwann auf sie zukommen. Auch sollten sie ihre eigene Leistungsfähigkeit gut einschätzen können, um sich selbst vor Überforderung zu schützen.

Wie bereiten Sie die Förderschülerinnen und -schüler auf den zu erwartenden Leistungsdruck in den Betrieben vor?

Neben den Tages- oder Langzeitpraktika lernen alle Schülerinnen und Schüler im Fach Arbeitslehre die Arbeitsabläufe kennen, wie sie in der freien Wirtschaft vorkommen. Sie können in Neigungsgruppen ihre Möglichkeiten erproben; hier arbeiten wir zum Teil mit realen Aufträgen aus Firmen. Der Erfolg dieser Maßnahme zeigt sich in den Praktika: Die Schülerinnen und Schüler zeigen sich dort wesentlich besser vorbereitet als früher und finden sich schneller zurecht.

Gibt es Vorbehalte bei den Eltern der Förderschülerinnen und -schüler?

Die Eltern zeigen manchmal Sorge vor Überforderung ihres Kindes. Ängste gibt es auch im Hinblick auf die Wege zum Praktikums- oder

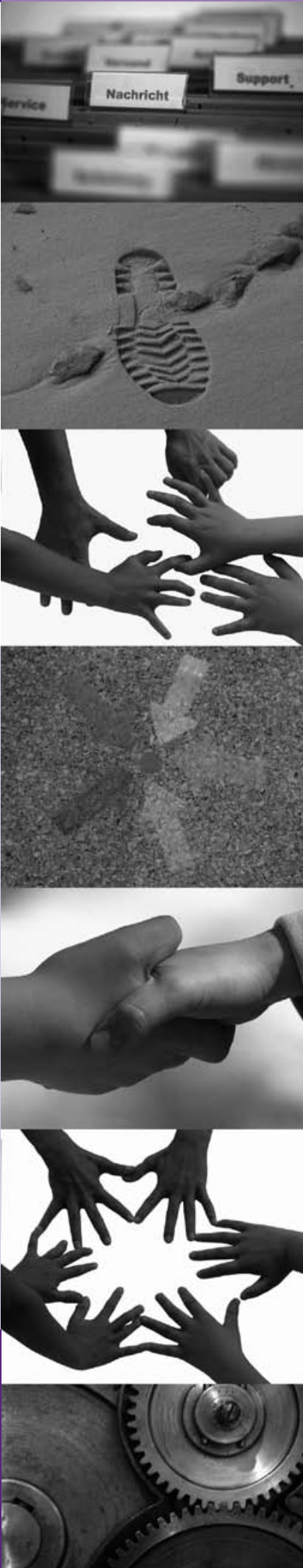


Schulleiterin Andrea Niehr (2.v.r.) mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abschlussstufe der LWL-Förderschule in Olpe

später Arbeitsplatz. Unsere Schülerinnen und Schüler sind in vielen Fällen nicht in der Lage, alleine längere Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück zu legen; im ländlichen Raum ist das oft auch rein organisatorisch nicht möglich. Noch problematischer ist die Wohnsituation. Unsere Schülerinnen und Schüler kommen aus drei Landkreisen; in einem Fall lag die Firma zu weit vom Zuhause des Schülers entfernt. Daran wäre seine Anstellung beinahe gescheitert. Inzwischen wohnt er jedoch in einer betreuten Wohngemeinschaft – doch davon gibt es noch viel zu wenige. Hinzu kommt die Angst der Eltern, ihre behinderten Kinder ins eigene Leben zu entlassen.

Welche Kooperationspartner übernehmen bei der Vermittlung welche Aufgaben?

Der Integrationsfachdienst spielt eine große Rolle, denn die enge Kooperation mit den Unternehmen und die zeitintensive Begleitung erfordert zeitliche und personelle Ressourcen, die uns als Schule einfach nicht zur Verfügung stehen. Die Agentur für Arbeit muss einverstanden sein; sie stellt die Gelder zur Verfügung. Bei uns klappt das gut. Die Beratungsgespräche der Agentur finden mit der Schülerin/dem Schüler, ihren/seinen Eltern, unserem Studien- und Berufsorientierungs-Koordinator und dem Klassenlehrer in der Schule statt. So ist gewährleistet, dass ein Austausch über Mögliches und Unmögliches stattfindet.



Spiegelbild der Praxis

*Stellungnahmen von Städten,
Kreisen und freien Trägern*

Das LWL-Landesjugendamt Westfalen hat seine Partner und Kunden erneut gebeten, auf die Arbeit des Landesjugendamtes der vergangenen Jahre zurückzublicken und ein Fazit zu ziehen. Auch kritische Töne waren hier ausdrücklich angefragt, denn nur Kritik gibt auch die Chance sich zu verbessern. Wir bedanken uns für die Vielzahl der Beiträge. Aufgrund des begrenzten Platzes haben wir allerdings nahezu alle Beiträge kürzen müssen, ohne den Sinn zu verfälschen.

Kreis Unna

Es ist eine gute Übung, Effizienz, Qualität und Effektivität von Zusammenarbeit zu reflektieren. Das LWL-Landesjugendamt unterzieht sich - und das allein ist schon lobend hervorzuheben - bereits zum zweiten Mal einer bewertenden Evaluation. Aus Sicht des örtlichen Jugendhilfeträgers und auch ganz persönlich stelle ich den stets sehr offen und kompetent geführten informativen Dialog zu Jugendhilfethemen heraus. Außerdem ist zu loben, dass das LWL-Landesjugendamt Informationen insbesondere zu Beschlüssen oder Planungen des Landes möglichst zeitnah an die örtlichen Jugendämter weitergibt, was in Zusammenhang mit dem KiBiz sicher nicht immer einfach war.

Außerdem reagiert das Amt auf aktuelle Fortbildungsbedarfe, gibt kompetente Auskünfte auf gezielte Nachfragen, unterstützt immer

sehr bereitwillig bei der Klärung von speziellen Problemlagen sowie gibt die „juristischen Rundschreiben“ heraus, in denen rechtliche Bewertungen von gesetzlichen Neuerungen, Urteilen und deren Auswirkungen auf die Praxis sowie entsprechende Hinweise zur Umsetzung vor Ort im Mittelpunkt stehen.

Verantwortlich für die gute Zusammenarbeit sind qualifizierte und aufgeschlossene Fachkräfte, die sehr kollegial bis freundschaftlich miteinander verbunden sind.

Norbert Hahn
Dezernent

Stadt Gronau

Die vergangenen Jahre in der Jugendhilfe waren geradezu turbulent: KiBiz und die Diskussion um die Frage effektiver Schutzmechanismen bei Kindeswohlgefährdungen - insbesondere die Installierung von Frühwarnsystemen - sind hier nur zwei Schlaglichter.

Gerade angesichts dieser immer neuen Herausforderungen ist es gut, einen starken und zuverlässigen Partner an der Seite zu haben, der den Kommunen, insbesondere den „kleineren“ Jugendämtern, mit Rat und Tat zur Seite steht. Mein Team im Jugendamt und ich finden, dass das Landesjugendamt diese Aufgabe in der Jugendhilfeland-schaft gut umsetzt.

In Folge des Falls „Kevin“ kam auch bei uns eine nicht immer sachlich motivierte politische Debatte um die Frage der Personalausstattung

im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) auf. In dieser Situation hat uns das LWL-Landesjugendamt mit Fach- und Sachverstand hilfreich zur Seite gestanden und dafür gesorgt, das ernste Thema zu versachli-chen. Genauso hilfreich war auch die Begleitung der vielen Anträge der Kindergartenträger im Rahmen des U3-Ausbaus. Hier hat das Landesjugendamt – angesichts einer enormen Antragsflut – als ech-te Servicestelle professionell gearbeitet.

Natürlich gibt es auch immer mal kleinere Divergenzen; aber auch in solchen Fällen sind beide Seiten bereit, sich konstruktiv zu einigen.

Dr. Markus Büning
Erster Beigeordneter

Stadt Plettenberg

Die Zusammenarbeit mit dem LWL-Landesjugendamt in Münster ist auch in den vergangenen Jahren sehr positiv und erfolgreich verlaufen. Hervorheben möchte ich die Bereiche der Heimaufsicht und Fortbildung, wenn es um die Kindergartenplanung und -entwicklung geht. Gerade hier haben wir viele umsetzbare Anregungen erhalten. Bei der Schaffung neuer Plätze für unter dreijährige Kinder haben wir regelmäßig einvernehmlich gute Lösungen gefunden. Unterstützt durch den fachlichen Rat des LWL-Landesjugendamtes haben wir die Planung ständig fortgeschrieben und entsprechend umgesetzt.

Gleichermaßen gut waren die fachlich fundierten Inhouse-Seminare für Erzieherinnen zu Themen wie Entwicklung zum Familienzentrum oder Förderung und Erziehung von Kindern unter drei Jahren. Die gute Zusammenarbeit zeichnet sich durch hohe Fachlichkeit, gro-ßes Engagement und Hilfsbereitschaft aus.

Hans-Peter Kapitain
Dezernent

Städte- und Gemeindebund NRW (StGB NRW)

Die 54 Jugendämter aus dem StGB NRW-Bereich der kreisangehörigen Kommunen kooperieren eng mit dem LWL-Landesjugendamt, die kleineren unter ihnen in besonderer Weise. Sie alle profitieren von den regelmäßigen Rundschreiben zu fachlichen und finanziellen Fragen, einem vielfältigen Fortbildungsangebot, den Arbeitstagen der Jugenddezernats- und -amtsleitungen sowie grundsatz- und einzelfallbezogenen Fachberatungen zu allen Themenfeldern der Kinder- und Jugendhilfe.

Daneben steht der rege Informations- und Meinungsaustausch der StGB NRW-Geschäftsstelle mit dem Landesjugendamt, und zwar unmittelbar sowie in Gesprächskreisen zusammen mit den beiden anderen kommunalen Spitzenverbänden, dem Landesjugendamt Rheinland, der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen und dem Jugendministerium. Immer wieder ist es gelungen, gemeinsame Positionen der Verbände zu entwickeln, sei es beim kommunalen Arbeits-

kreis Kinder- und Jugendhilfe, dem Ständigen Arbeitskreis KiBiz beim MGFFI oder der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege NRW. Mit der Kompetenz des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe, vor allem aber als Kommunalverband tritt das LWL-Landesjugendamt in diesem Rahmen auf.

Ob bei Abgrenzungsfragen zur Eingliederungshilfe nach Jugend- oder Sozialhilfe, bei Umsetzungsfragen wegen der Rahmenvereinbarungen zur Übernahme von Leistungsentgelten in der Jugendhilfe oder bei Detailfragen der komplizierten KiBiz-Finanzierung: die zuständigen Kolleginnen und Kollegen sind immer ansprechbar sowie mit Rat und Tat zur Stelle.

Ernst Giesen
Geschäftsführer

Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e.V.

Den Caritasverband für das Erzbistum Paderborn verbindet mit dem LWL-Landesjugendamt eine über alle Jahre hinweg fruchtbare und angenehme Zusammenarbeit. Unterschiedliche Vorstellungen werden offen und mit wechselseitigem Respekt diskutiert. In aller Regel gelangt man auch zu Einvernehmen. Wenn dies in Einzelfällen nicht gelingt, mindert sich nicht das gemeinsame Engagement in anderen Handlungsbereichen.

Wir wünschen Ausschuss und Verwaltung des LWL-Landesjugendamtes den Mut und die Ausdauer, sich weiterhin als Sachwalter von Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien einzubringen.

Theo Breul
Leiter der Abteilung „Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe“
im Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e.V.

Kreis Minden-Lübbecke

Bei allen Fragestellungen zur Jugendhilfe in den vergangenen Jahren war die Zusammenarbeit mit dem LWL-Landesjugendamt sehr kollegial und konstruktiv. Durch eine Vielzahl von Fachtagungen, darunter Treffen der ASD-Leiter, Jugendamtsleitertagungen und Regionalkonferenzen der Jugenddezernenten bot das Landesjugendamt jeweils eine praxisorientierte Plattform. Ergänzend dazu seien die Arbeitshilfen zu den verschiedenen Themenbereichen, aber auch die Beiträge in der Fachzeitschrift „Jugendhilfe-aktuell“ genannt. Hilfreich waren

vor allem die vorausschauende und kompetente Auseinandersetzung mit den Themen und die Unterstützung dabei, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und neue Gesetze umzusetzen. Das Landesjugendamt ist ein kompetenter und verlässlicher Partner an unserer Seite.

Hans-Joerg Deichholz
Dezernent

Stadt Schwerte

Der Bereich Jugend und Familie der Stadtverwaltung Schwerte partizipiert seit vielen Jahren von der guten Zusammenarbeit mit dem LWL-Landesjugendamt, zum Beispiel von den angebotenen Fortbildungen. Die Veranstaltungen sind von hohem fachlichen Niveau und vor allem praxisorientiert.

Zwei Beispiele der guten Zusammenarbeit werden die zukünftige Arbeit des Bereiches Jugend und Familie in Schwerte prägen.

Schwerte wurde als eine von sechs ausgewählten Kommunen bei der Ausschreibung zum Werkstattprojekt zur modellhaften Integration flexibler Erziehungshilfen in der „Offenen Ganztagsschule“ im Primarbereich ausgewählt. In der offenen Projektwerkstatt tauschten sich miteinander kooperierende Fachkräfte von Schule, Jugendamt und

OGS mit Fachkräften aus anderen Kommunen aus. Die Integration von Erziehungshilfe in den offenen Ganztag, die wir beispielhaft im Stadtteil Schwerte-Westhofen anwenden, soll nun mit den Erkenntnissen aus der Projektwerkstatt auf die weiteren Grundschulen in Schwerte übertragen werden.

Auf Anregung des LWL-Landesjugendamtes wurde im August 2009 die erste additive Kindertageseinrichtung im Kreis Unna in Schwerte eröffnet. Die dezentralisierte heilpädagogische Gruppe gewährleistet, dass die behinderten Kinder ortsnahe versorgt werden.

Hans-Georg Winkler
Dezernent

Kreis Paderborn

Das Landesjugendamt tritt nicht in erster Linie als Aufsichtsbehörde in Erscheinung, sondern zeichnet sich durch kollegiale Beratung, fachlichen Austausch und kompetente Fort- und Weiterbildung aus. Die Organisations-, Personal- und Qualitätsentwicklung der Sozialen Dienste des Jugendamtes ist seit 2004 eng verknüpft mit den Beratern des Landesjugendamtes. Zur Personalentwicklung finden mit Referenten des Landesjugendamtes jährlich sogenannte Inhouse-Seminare als Workshops mit dem Schwerpunkt Methodentraining statt. Dieser Gesamtprozess und die Entwicklung der Organisation sind gekoppelt an einen kontinuierlichen Beratungsprozess von Referenten des Landesjugendamtes.

Darüber hinaus fußt die aktuelle Entwicklung eines Qualitätshandbuchs für die Sozialen Dienste des Jugendamtes auf einer dreijährigen Zusammenarbeit in einem Beratungs-Netzwerk des Landesjugendamtes. Ad-Hoc-Arbeitsgruppen zu aktuellen Entwicklungen und themen- und arbeitsfeldbezogene Arbeitskreise, moderiert durch das Landesjugendamt, sind darüber hinaus wichtige Instrumente, die den Blick der örtlichen Jugendhilfe über den eigenen Horizont hinaus erweitern.

Michael Beninde
Sozialdezernent

Stadt Lippstadt

Kompetent, zuverlässig, ortsnah - so erlebt der Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Lippstadt den überörtlichen Jugendhilfeträger, das Landesjugendamt in Münster. Die kooperative und konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWL-Landesjugendamtes trägt wesentlich dazu bei, dass die Jugendhilfe vor Ort zusätzliche Impulse zur Weiterentwicklung erhält und andererseits die aktuellen Aufgaben optimal umsetzen kann: etwa das Kinderbildungsgesetz, den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren, die Präventionsmaßnahmen des Kinderschutzes, die Weiterentwicklung der offenen Ganztagschule oder den Aufbau von Familienzentren.

Dabei habe ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendamtes immer wieder als lösungsorientierte kommunale Berater und Entscheider erlebt.

Hervorzuheben sind nicht nur die Inhouse-Veranstaltungen, sondern auch die unmittelbare Vor-Ort-Beratung. Für die kommenden Jahre wünsche ich mir daher eine Fortsetzung der guten und kollegialen Zusammenarbeit zwischen dem Landesjugendamt und der Stadt Lippstadt.

Wolfgang Roßbach
Fachbereichsleiter

Stadt Bielefeld

Auch in der abgelaufenen Legislaturperiode war der LWL wieder ein verlässlicher Partner bei der Weiterentwicklung der örtlichen Jugendhilfe.

Die angebotenen Fortbildungen, Qualifizierungsmaßnahmen, Inhouse-Seminare, Fachveranstaltungen und Ausbildungen sind fester Bestandteil der Zusammenarbeit - ebenso wie die überregionalen Arbeitskreise zu den unterschiedlichsten Themen der Jugendhilfe. Diese Impulse, verstärkt durch den kollegialen Austausch mit anderen Kommunen, sichern eine lebendige, auf aktuelle Anforderungen ausgerichtete und sich ständig weiterentwickelnde Jugendhilfe.

Bei der Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes und vor allem beim Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren würde ich mir wünschen, dass vor allem die Realisierung auf örtlicher Ebene stärker in den Fokus genommen wird. Dazu gehören neben

ausreichenden Fachkräften vor allem verlässliche Aussagen, die es den freien Trägern und den Kommunen ermöglichen, zusätzliche Betreuungsplätze im Hinblick auf den Rechtsanspruch im Jahr 2013 zu schaffen.

Kritisch zu erwähnen sind darüber hinaus die nicht nachvollziehbaren Entscheidungszeiträume, wenn es um die Bewilligung von Maßnahmen im Bereich der integrativen Erziehung geht. Hier brauchen Eltern und Kindertagesstätten frühzeitiger Planungssicherheit.

Trotzdem ziehe ich ein positives Fazit der Zusammenarbeit und hoffe, dass sie auch in Zukunft offen, kollegial und zielgerichtet gestaltet wird.

Tim Kähler
Sozialdezernent

Jüdischer Landesverband Westfalen

Als Beratendes Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss sehe ich mit großer Anerkennung auf die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erbrachten Leistungen des Landesjugendhilfeausschusses als Teil des Landesjugendamtes. In jeder Sitzung des Ausschusses standen die Sachthemen im Vordergrund. Ich erlebte zwischen der Verwaltung, den politischen Parteien, den Trägern der freien Jugendhilfe, den Kirchen und Religionsgemeinschaften stets einen ehrlichen und streitbaren Dialog zum Wohle der Kinder und Jugendlichen. Selbst kritisch geführte Diskussionen wurden im Ergebnis nach außen stets sachlich vertreten.

Ich danke dem LWL, insbesondere den Verantwortlichen sowie allen Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses für die gute Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Landesverband Westfalen in den vergangenen Jahren und wünsche dem Landesjugendhilfeausschuss auch in der neuen Amtsperiode kluge Ideen, Kreativität und ein festes Zueinanderstehen bei den zu bewältigenden Aufgaben.

Sharon Fehr
Vorstand

Kreis Steinfurt

Unser Kontakte miteinander ist gut, freundlich und respektvoll, wenngleich nicht zu jeder Zeit intensiv. Häufigere und vertrauensvolle Zusammenarbeiten gibt es mit dem Fachdienst „Schutz von Kindern in Einrichtungen“ und regelmäßig auch auf der Ebene von Facharbeitskreisen. Hier bemüht sich das Landesjugendamt, soziale Entwicklungen seismographisch zu erfassen und fachlich mit den Jugendämtern zu bewerten.

Im Rahmen des KiBiz gibt es eine intensive Zusammenarbeit. Wir erleben die Unterstützung des Landesjugendamtes bei der Kindergartenbedarfsplanung in den einzelnen Kommunen vielfach sehr konstruktiv, lösungsorientiert und hilfreich.

Im Bereich Fort- und Weiterbildung gab es für den Kreis Steinfurt die Beteiligung am 2-Jahres-Projekt „Qualitätsentwicklung im Dialog“, das

vom Landesjugendamt kompetent begleitet wurde. Im Fortbildungsbereich muss das Landesjugendamt allerdings zunehmend auch mit guten Angeboten und Fortbildnern konkurrieren. Obwohl das Kreisjugendamt fachlich nicht immer im Konsens – zum Beispiel beim Konzept Westfälische Erziehungsstellen – mit dem Landesjugendamt ist, sind die Positionierungen dort hilfreich und aktuell.

Die in der Zukunft zu erwartenden Aufgaben der Jugendhilfe ist auf die differenzierend Betrachtung unterschiedlicher Standorte angewiesen. Somit bleibt das Landesjugendamt auch bei uns ein wichtiger Partner der Jugendhilfe.

Dr. Wolfgang Ballke
Kreisdirektor

Stadt Minden

Die seit vielen Jahren konstruktive und auf hohem fachlichen Niveau geführte Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt hat sich auch in der letzten Wahlperiode wieder bestätigt. Hervorzuheben ist der kompetente Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Engagement, das oftmals auch von unbürokratischen Hilfestellungen geprägt war, an vielen Stellen über den üblichen Arbeitseinsatz hinausgeht.

Das Kinderbildungsgesetz hat bereits vor Inkrafttreten für Diskussionen und Unsicherheiten gesorgt. Die Fachleute des Landesjugendamtes haben bereits im Gesetzgebungsverfahren viele gute Anregungen gegeben und helfen immer gemeinsam und kurzfristig Lösungen zu finden. Für das KiBiz sollte ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch – vielleicht in Form von Workshops – etabliert werden.

Eine große Herausforderung für alle Beteiligten ist der Ausbau der Betreuungsplätze für die unter 3-jährigen Kinder. Gerade im Bereich der Investitionsförderung hat das Landesjugendamt alle erdenklichen Schritte unternommen, um Bauvorhaben auch rechtzeitig realisieren zu können.

Herauszustellen ist hier die außergewöhnlich gute Zusammenarbeit sowohl in der Zuwendungsabwicklung als auch in der Fachberatung, auf deren Grundlage die freien Jugendhilfeträger optimal unterstützt werden konnten.

Peter Kienzle
Erster Beigeordneter

Stadt Dülmen

Das LJA war uns insbesondere bei der Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes eine wertvolle Hilfe, ohne die wir diese Herausforderung nicht so erfolgreich hätten meistern können. Die Ergebnisse unserer konstruktiven Zusammenarbeit können sich sehen lassen: Deutlicher Ausbau der U 3-Betreuungsangebote, ein differenziertes Angebot für Kinder mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen, Schaffung des flexiblen Betreuungsangebotes „UFaFlex“ für berufstätige Eltern.

Auch schätze ich persönlich nach wie vor den kollegialen Austausch auf den vom LJA initiierten Regionalkonferenzen der Jugenddezer-

nentinnen und –dezernenten. Mein Wunsch wäre, dass diese Konferenzen halbjährlich und nicht nur jährlich stattfinden.

Für das vertrauensvolle Miteinander zum Wohle der Dülmener Kinder, Jugendlichen und Familien sage ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LJA ein herzliches Dankeschön und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Christa Krollzig
Jugenddezernentin

Märkischer Kreis

Der Fachdienst „Soziale Dienste“ des Fachbereichs „Jugend und Bildung“ des Märkischen Kreises wird momentan weiterentwickelt, um für zukünftige Aufgaben gerüstet zu sein. Dieser Prozess wird maßgeblich durch das LWL-Landesjugendamt begleitet und unterstützt. Die Auftaktveranstaltung zum dreijährigen gemeinsamen Entwicklungsprojekt, die so genannte „Zukunftswerkstatt - Qualitätsentwicklungsprojekt des ASD und BSD im Märkischen Kreis“ wurde durch das Referat „Erzieherische Hilfen“ vom LWL-Landesjugendamt moderiert und begleitet.

Der partnerschaftliche Dialog stand immer an erster Stelle. Als ein wichtiger Teil des Dienstleistungsangebotes des LJA sind die zahlreichen Fort- und Weiterbildungsangebote zu nennen. Diese bieten neben der Weiterbildung ebenso ein Forum für fachlichen überregionalen Austausch mit anderen Kollegen der öffentlichen und freien Jugendhilfe.

Eckehard Beck
Fachbereichsleiter Jugend und Bildung

Kreis Siegen-Wittgenstein

Das Landesjugendamt war dem Kreis Siegen-Wittgenstein auch in den zurückliegenden fünf Jahren ein partnerschaftlicher Dienstleister für eine offensive und moderne Kinder- und Jugendpolitik, die sich nah an den Bedürfnissen und der Lebenssituation der Menschen orientiert. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in Fortbildungen und Facharbeitskreisen des LJA hilfreiches Wissen sowie Erfahrungswerte für die Praxis erworben.

Unsere Jugendpfleger profitieren von den regelmäßig durchgeführten Jahrestagungen der Jugendförderung in Westfalen-Lippe. Die Kindertagesstättenbedarfsplanung blickt auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der pädagogischen Fachkraft für Kindertageseinrichtungen zu-

rück. Gleiches galt und gilt für andere Themen, etwa Sprachförderzuschüsse oder die Integration behinderter Kinder.

Aber auch über Seminare und Facharbeitskreise hinaus haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendamtes den Kreis unterstützt. Hierfür stehen beispielhaft das Angebot der Rechtsberatung und die finanzielle Förderung des Projektes „Bildungskompetenz Siegen-Wittgenstein“ (BIKO).

Helmut Kneppel
Kreissozialdezernent

Stadt Hagen

In der vergangenen Legislaturperiode begleitete das Landesjugendamt unseren ASD sehr intensiv bei Projekten zu Hilfeplänen in Kooperation mit Hagener Leistungsanbietern. Es ist uns gemeinsam gelungen, in den Hilfeplänen intensiver als bisher mit Zielen und Zielvereinbarungen zu arbeiten. Wichtig waren die integrierten Tandemfortbildungen der Mitarbeiter des ASD und der Leistungsanbieter. Die Hagener Leitlinien in der Erziehungshilfe wurden neu konzipiert und überarbeitet.

ASD-MitarbeiterInnen haben sich außerdem an der Ad-hoc-Arbeitsgruppe beteiligt, die eine Arbeitshilfe mit Arbeitsstandards zur Umsetzung der UTeilnahmeDatVO erarbeitete.

In Kooperation mit dem LJA wurden in Hagen zwei Fachtage zum Thema „Umsetzung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung“ durchgeführt. Zielgruppen waren die professionell Handelnden aus den Arbeitsbereichen der Jugendhilfe, Schule und OGS.

Die Kooperation mit dem Landesjugendamt ist aus Hagener Sicht außerordentlich gelungen und wichtig für die Praxis. Dafür bedanken wir uns.

Gerd Steuber
Leiter des Fachbereiches Jugend und Soziales

Stadt Unna

Der Schwerpunkt der zukünftigen jugendpolitischen Arbeit muss mehr denn je darin bestehen, allen Kindern und Jugendlichen unserer Gesellschaft Teilhabe- und Zugangschancen zu eröffnen. Investitionen in die frühe Förderung unserer Kinder auf breiter Front sind deshalb das Gebot der Stunde. Je nach Lebenslage müssen zur kindlichen Entwicklung notwendige Räume und Angebote und die dafür notwendigen Finanzressourcen auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte zur Verfügung stehen. Weiterhin sind qualifizierte Schulabschlüsse sowie eine berufliche Ausbildung als Ziel jugendpolitischer Handlung unverzichtbar. Bildungsträger sollten daher bei Qualifizierungsmaßnahmen von Heranwachsenden Qualitätsstandards und Übergangsquoten in Anschlussmaßnahmen verbindlich definieren.

Die Jugendämter und das Landesjugendamt stehen als Koordinator solcher Prozesse in der Pflicht. Das Landesjugendamt hat aber auch die Aufgabe, darauf einzuwirken, dass den Jugendämtern durch Ge-

setzesänderungen nicht zusätzliche bürokratische Arbeiten auferlegt werden. Ein Beispiel: Das Kinderbildungsgesetz, das u. a. durch die monatliche Prüfung der aktuellen Belegung der Kindertageseinrichtung oder die laufende Einarbeitung von unterjährigen Neuaufnahmen oder Abgängen zu einem erheblichen Mehraufwand im Sachgebiet Betriebskostenförderung der Tageseinrichtungen für Kinder geführt hat. Verwaltungsvereinfachung tut einfach Not!

Ich wünsche mir auf diesem Wege weiterhin ein kompetentes und einflussreiches Landesjugendamt und einen engen Schulterschluss mit den örtlichen Jugendämtern.

Uwe Kutter
Beigeordneter für die Geschäftsbereiche
Jugend, Soziales, Wohnen, Bürger, Umwelt und Recht

Stadt Oelde

Das Jugendamt der Stadt Oelde arbeitet kontinuierlich mit dem Landesjugendamt vertrauensvoll und konstruktiv zusammen, bei den laufenden Aufgaben der Jugendhilfe und bei Projekten und Maßnahmen, wie dem Qualitätsnetzwerk ASD, dem Projekt „Gleichschritt“ (Integration von Migranten) oder dem gemeinsamen Pilotprojekt „Naturwissenschaftlich-technische Bildung in den Oelder Kitas“.

Außerdem wurde das Jugendamt fachlich unterstützt in einzelnen Fragestellungen der Jugendhilfeplanung. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die qualifizierte fachliche Beratung und Unterstützung durch die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

im Landesjugendamt.

Für die Zukunft wünschen wir uns transparente Verfahren bei der integrativen Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Abgrenzung von Leistungen nach § 35 a KJHG und der Eingliederungshilfe, um Klarheit für die betroffenen Familien zu schaffen und den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Michael Jatke
Erster Beigeordneter

Caritasverband für die Diözese Münster e.V.

Ich habe die Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt in vielen und intensiven Gesprächen, Verhandlungen und Konferenzen zum neuen Kinderbildungsgesetz erlebt. Ich konnte mich immer darauf verlassen, dass sowohl durch die Leitung des Landesjugendamtes als auch durch die Mitarbeiter eine fachliche Position vertreten wurde, die auf das pädagogisch und fachlich Machbare und Gewollte abzielte und sich nicht an politischen Opportunitäten ausrichtete. Bei der anschließenden Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes möchte ich besonders den Einsatz des Landesjugendamtes für die Kinder mit Behinderung in den Tageseinrichtungen hervorheben. Dazu gehört auch, dass die Leitung des Landesjugendamtes die wei-

tere Notwendigkeit auch von heilpädagogischen Einrichtungen betont hat.

Etwas weniger zufrieden waren wir mit der Umsetzung des Investitionsprogramms für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren, aber hier war wohl der Umfang der anfallenden Arbeiten sehr groß. Aber auch dies konnte im Laufe der Zeit verbessert und abgearbeitet werden.

Heinz-Josef Kessmann
Diözesancaritasdirektor

Stadt Rheine

Die Veränderungen der Jugendhilfelandchaft waren in den vergangenen fünf Jahren sehr umfangreich. In erster Linie ist die Einführung des KiBiz zu nennen. In meiner Wahrnehmung hat das Landesjugendamt sehr umfangreiche Unterstützungen zur Verfügung gestellt, auch dann, wenn Fragen unbeantwortet bleiben mussten, da die entsprechende Regelung durch den Gesetzgeber noch nicht erfolgt war.

Weiterhin sind sowohl die Föderalismusreform, die „kleine“ bzw. „große“ Familienrechtsnovelle, die Diskussion zum KiFöG oder zuletzt die Auseinandersetzung zum „Kinderschutzgesetz“ im LWL-Landesjugendamt umfassend kommentiert und den Jugendämtern sehr zeitnah nahe gebracht worden. Dieser Service des Landesjugendamtes

gehört mittlerweile zu einem unverzichtbaren Instrumentarium unserer Arbeit.

Ebenso hat sich die Arbeitshilfe zur kommunalen Umsetzung der UTeilnahmeDatVO nach bewährt. Die entwickelten Instrumentarien der Dokumentation, des Berichtswesens und der statistischen Auswertung sind faktische Erleichterungen des Arbeitsalltages.

Ich wünsche mit vom Landesjugendamt auch weiterhin diesen umfangreichen Service der Informationsweitergabe und der Unterstützung vor Ort.

Ute Ehrenberg
Beigeordnete

Stadt Lage

Sowohl in praktischen Fragen wie auch bei der Begleitung bei wesentlichen rechtlichen Änderungen hat die Jugendhilfe immer Unterstützung durch das Landesjugendamt erfahren. Insbesondere ist hier die Einführung des KiBiz zu erwähnen. Gerade hier hat das Landesjugendamt die Jugendämter vor Ort in der Umsetzung durch Fortbildungen und Schulungen unterstützt.

Lediglich in einem Einzelfall, in dem wir das Landesjugendamt um Unterstützung bei der Suche nach einem Heimplatz mit Intensivbetreuung gebeten hatten, war das Ergebnis nicht zufrieden stellend. Nachdem unsere eigenen Bemühungen (weit über 50 Anfragen an

diverse Heime) gescheitert waren, konnten auch von Ihnen keine konkreten Hilfestellungen geleistet werden. Allerdings hatte meine Fachgruppe Jugend den Eindruck, dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für solch extreme Problemstellungen weiter sensibilisiert worden sind und sie sich generell über Lösungsansätze Gedanken machen wollten.

Klaus Landrock
Fachbereichsleiter

AWO Ostwestfalen-Lippe e.V.

Viele fachliche und organisatorische Veränderungen in der Kinder- und Jugendhilfe stehen im Spannungsfeld zwischen sozialer Notwendigkeit, fachlicher Qualität und Finanzierbarkeit. Impulsgeber, Moderator und Dienstleister dieser Entwicklungen ist auch das Landesjugendamt.

Ohne das Beratungs-Know-How, die Inputs, die Kontrolle und das – wenn es notwendig ist – unbürokratische Verhalten des Landesjugendamtes wären viele Einrichtungen nicht an den Start gekommen. Die Westfälischen Pflegefamilien, das Betreute Jugendwohnen und die Heilpädagogisch-therapeutischen Tagesgruppen in Bielefeld sowie das Betreute Mutter-Kind-Wohnen in Rheda-Wiedenbrück sind Beispiele dafür aus ostwestfälischer Sicht.

Positiv wirken auch die aus übergeordneter Sicht formulierten Stellungnahmen des Landesjugendamtes, mit deren Hilfe Trägerpluralität gewahrt bleibt und Monopolstellungen vermieden werden.

Großen Respekt zollen wir dem Landesjugendamt in der Frage der Weiterentwicklung des Elementarbereiches. Die Umsetzung des KiBiz und des KiFöG erfordert bei gleichzeitiger Umstrukturierung der Verwaltung von jedem Mitarbeiter eine große Kraftanstrengung.

Wolfgang Stadler
Vorstand der AWO Ostwestfalen-Lippe

Der Paritätische Nordrhein-Westfalen

Das Landesjugendamt war in der zurückliegenden Legislaturperiode mit Blick auf die gravierenden Veränderungen in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe wieder ein verlässlicher und kompetenter Partner.

Dabei verwundert es nicht, dass im Spannungsfeld zwischen jugendhilfe- und haushaltspolitischen Zielen das Ringen der Beteiligten um möglichst gute Lösungen für die Kinder und Jugendlichen auch kontrovers ausgetragen wurde. Wege wurden zumeist einvernehmlich gefunden.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist geprägt durch eine gute partnerschaftliche Dialogkultur in fachlichen Fragen und dem Bestreben nach inhaltlichem Konsens. Das LWL-Landesjugendamt Westfalen ist in der jüngeren Vergangenheit mit ehemaligen Heimkindern aus der Zeit der 1950er und -60er Jahre konfrontiert worden, die heute ihre Erlebnisse in

den Heimen als Menschenrechtsverletzung öffentlich anprangern. Das Landesjugendamt stellt sich den Vorwürfen durch verschiedene Maßnahmen. Hervorzuheben ist die Beteiligung am „Runden Tisch Heimerziehung“ in Berlin.

Der Paritätische wünscht sich eine Fortführung und Weiterentwicklung der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt.

Bernd Hemker
Referent Hilfen zur Erziehung

Martin Künstler
Fachgruppenleiter Kinder und Familie

Der Paritätische LV NRW e.V.

Hochsauerlandkreis

Die informativen Fortbildungsveranstaltungen und Arbeitstagungen des Landesjugendamtes stellen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisjugendamtes stets eine gute Arbeitshilfe dar, ganz besonders bei der Umsetzung gesetzlicher Neuregelungen. Hervorzuheben sind hier die Regelungen zum TAG, KiBiz, KiföG sowie zum Kindeswohl im § 8 a KJHG. Mit Unterstützung des Landesjugendamtes ist es gelungen, das KiBiz termingerecht an den Start zu bringen und den U3-Ausbau voranzutreiben. Sofern es um die räumliche und

sächliche Ausstattung der Kindertageseinrichtungen geht, wirkt das Landesjugendamt konstruktiv an Problemlösungen mit.

Insgesamt gesehen freue ich mich auf die Fortsetzung der guten und konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt.

Wolfgang Böhm
Fachbereichsleiter Schulen und Jugend

Stadt Herford

Die zurückliegende Legislaturperiode war von zwei Schwerpunkten geprägt, der Umsetzung des neuen KiBiz und von den dramatischen Ereignissen der getöteten und misshandelten Kleinkinder. Der wirk-same Kinderschutz war eine große fachliche, organisatorische und jugendpolitische Herausforderung.

Das Herforder Jugendamt hat sich hier mit Unterstützung des Landesjugendamtes auf den Weg gemacht, um die schwierige Frage zu beantworten, wie viel Personal ein „gutes“ Jugendamt insgesamt, aber insbesondere für den Kinderschutz braucht. Das Landesjugendamt hat sich hier nicht eindimensional der Forderung nach Fachlichkeit verpflichtet gesehen, sondern die schwierige finanzielle Situation der Kommunen bei ihren konkreten Beratungen im Blick gehabt.

Dennoch ist die entscheidende Frage der personellen „Standards“ in der Organisation von Jugendämtern und im Kinderschutz noch

nicht abschließend beantwortet. Die viel zu langsame Annäherung von Jugendhilfe und Schule hat darüber hinaus verdeutlicht, dass die beiden Systeme noch lange nicht ineinander greifen und die Fördergrundsätze auf ministerieller Ebene abgestimmt und gesetzgeberisch weiterentwickelt werden müssen. Die zentrale Herausforderung ist die „inklusive Bildung“; dazu gehört neben der Rollenklärung der Jugendhilfe im Ganzttag auch die Frage, welche Rolle die Horte zukünftig spielen sollen. In diesen Fragen wünsche ich mir vom Landesjugendamt in der neuen Legislaturperiode schul- und jugendpolitische Gestaltungsimpulse.

Jutta Decarli
Dezernentin Bildung, Jugend und Soziales

Stadt Selm

Die Zusammenarbeit der Stadt Selm mit dem Landesjugendamt ist durchweg gut zu beurteilen. Insbesondere bei der Umsetzung von KiBiz sowie bei Fragen im Bereich der U3-Betreuung gab es jederzeit fachlich fundierte Unterstützung. Bei der Erstellung einer integrierten

Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung haben wir die konzeptionellen Hinweise gerne aufgenommen.

Sylvia Engemann
Beigeordnete/Kämmerin

Städtetag Nordrhein-Westfalen

Mit dem LWL verbindet den Städtetag Nordrhein-Westfalen das gemeinsame Interesse der Vertretung der kommunalen Familie. In verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen des Städtetages Nordrhein-Westfalen ist der LWL vertreten, zudem stehen der LWL und der Städtetag NRW gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden und dem LVR in engem Dialog.

Daneben gibt es vielfältige institutionelle und anlassbezogene Kooperationen, zum Beispiel die Themen Kinderbildungsgesetz, Kinderschutz oder Kooperation von Familiengerichten und Jugendämtern.

Dabei haben wir die Zusammenarbeit stets als konstruktiv und von einem hohen fachlichen Interesse getragen erlebt. Wir hoffen, dass unsere Zusammenarbeit auch zukünftig von diesem Geist getragen wird, um die bestehenden Herausforderungen im Bereich Kinder- und Jugendhilfe erfolgreich zu bewältigen.

Verena Göppert
Beigeordnete Arbeit, Jugend, Soziales
Städtetag Nordrhein-Westfalen

Stadt Münster

In der Kinder- und Jugendarbeit existiert seit Jahren ein regelmäßiger Austausch zwischen Landesjugendamt und dem städtischen Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster. Dieser Austausch bezieht sich auf die Gewährung finanzieller Hilfen an freie Träger, auf den fachlichen Austausch und auf gemeinsame Projekte. Vor allem der fachliche Austausch und damit die inhaltliche Weiterentwicklung des Handlungsfeldes „Kinder- und Jugendarbeit“ hat an Bedeutung gewonnen. Durch die vom Landesjugendamt eingerichteten Beratungsgruppen zu den kommunalen Kinder- und Jugendförderplänen konnte ein effektiver Austausch zwischen den Großstadtjugendämtern entstehen. Der regelmäßige Austausch von Fachkräften mit dem Lan-

desjugendamt ist jüngstes Beispiel einer neuen Form der Zusammenarbeit, die neue fachliche Impulse und Weiterentwicklung ermöglicht. Es wäre wünschenswert, den Austausch über die Förderung von Projekten aus Mitteln des Landesjugendförderplanes zu intensivieren, um die gesamtstädtische Entwicklung mit einbeziehen zu können. Insgesamt trägt vor allem die durch das Landesjugendamt unterstützte Vernetzung der Kommunen untereinander und die sich daraus ergebende fachliche Weiterentwicklung zur Qualitätssicherung bei.

Dr. Andrea Hanke
Stadträtin

Stadt Gelsenkirchen

Meine Mitarbeiter empfinden die Zusammenarbeit in der Praxis überwiegend als sehr angenehm, hilfsbereit und kompetent. Insbesondere wird die Beratungsfunktion Ihrer Behörde in allen sachlichen Fragen sehr geschätzt sowie der Umstand, dass Ihre Mitarbeiter zum Teil auch persönliche Gesprächs- oder Ortstermine anbieten, um möglichst schnell und unbürokratisch Lösungen bei „Problemfällen“ zu finden. Ebenso werden die von Ihnen durchgeführten Informationsveranstaltungen als sehr positiv wahrgenommen. Oft werden dort die nötigen Erkenntnisse für die tägliche Arbeit in den Kommunen gewonnen. Ferner ermöglichen diese Veranstaltungen auch mit den verantwortlichen Mitarbeitern anderer Kommunen, was sich in der täglichen Arbeit als großer Vorteil darstellt.

Ich bitte daher, dieses Instrument des Informationsaustausches auch zukünftig in gewohnter Qualität beizubehalten oder sogar noch weiter auszubauen.

Es gibt aber auch Raum für Verbesserungen. Wir wünschen uns den

Ausbau der telefonischen Servicezeiten des Landesjugendamtes. Die telefonische Erreichbarkeit Ihrer Mitarbeiter gestaltet sich oftmals schwierig. Auch kommt es in seltenen Fällen vor, dass auf E-Mail Anfragen keine Antworten erfolgen. Außerdem setzen Sie für komplexe neue Tätigkeitsbereiche im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes oftmals sehr knapp bemessene Erledigungsfristen an. Dies führt zu einem enormen Zeitdruck bei meinen Mitarbeitern.

Ferner erhoffen wir uns von Ihnen als Aufsichtsbehörde in Einzelfällen mehr Verständnis für die besondere Situation der Kommunen. Während sich die freien Träger immer weiter aus der öffentlichen Jugendhilfe zurückziehen und dies durch die Kommunen aufgefangen werden muss, sollte der Handlungsspielraum der Kommunen nicht über Gebühr eingeschränkt werden.

Dr. Manfred Beck
Dezernent

Stadt Dortmund

Die Zusammenarbeit zwischen dem Landesjugendamt und dem Jugendamt der Stadt Dortmund war in der abgelaufenen Legislaturperiode durch einen konstruktiven und fachlichen Diskurs sowie gegenseitige Wertschätzung geprägt.

Dabei waren und sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern, der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, aber auch Kinderarmut und Kinderschutz die Schlaglichter, die die Jugendhilfe im gesamten Land bewegen.

Es ist daher hilfreich, auf tragfähige Strukturen der Zusammenarbeit aufbauen zu können, um zum Beispiel das KiBiz umzusetzen und mit allen Trägern von Tageseinrichtungen für Kinder die neuen Gruppenformen zu schaffen, die Betreuungsangebote für Kinder in den Tages-

einrichtungen und in der Kindertagespflege bis zur Schulpflicht auszubauen, den Kinder- und Jugendförderplan im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit umzusetzen und fortzuschreiben, eine Strategie gegen den aufkeimenden Rechtsextremismus bei Jugendlichen zu entwickeln und eine Arbeitshilfe für den Umgang der Jugendämter mit den Meldungen über die versäumten U-Untersuchungen zu erstellen. All dies ist in der abgelaufenen Legislaturperiode angegangen worden. Darüber hinaus wurde die Beratung des Landesjugendamtes, auch in kritischen Situationen, als kompetent und zielstrebig erlebt.

Waltraud Bonekamp
Jugenddezernentin

Landkreistag Nordrhein-Westfalen

KiBiz – und sonst?

Das Landesjugendamt und seine engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren beim KiBiz, aber auch bei anderen wichtigen Themen der Kinder- und Jugendarbeit, sowohl in Fragen der finanziellen Förderung wie auch der inhaltlichen Beratung bei so sensiblen Themen wie Adoptionsvermittlung und Erziehungshilfe, den örtlichen Jugendämtern ein verlässlicher Partner. Die Informations- und Beratungsangebote sind für die Teams der Jugendämter in den Städten und Kreisen ebenso hilfreich wie die kompetenten Fortbildungsveranstaltungen und Fachworkshops. Und die fachliche Kompetenz wird nicht nur in der Beratung, sondern auch in der Mitwirkung von LWL-Profis in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände, der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege etc. geschätzt. Auch wenn die Auffassungen inhaltlich nicht immer deckungsgleich sind, hat sich eine verlässliche und kooperative Beratungs- und Entscheidungsstruktur entwickelt.

Ohne diese Kooperationsstruktur wären die Herausforderungen rund um das KiBiz kaum zu meistern gewesen. Zunächst waren die Landesjugendämter hier im Gesetzgebungsverfahren mit ihrer Erfahrung bei der Umsetzung des GTK ein gefragter Berater für Politik, Landesregierung und Verbände. An der Erarbeitung der schließlich konsensualen Lösung waren sie intensiv beteiligt. Und seit der Verabschiedung bemühen sie sich gemeinsam mit den anderen Akteuren um einen möglichst reibungslosen Übergang in ein – vor allem hinsichtlich der Finanzierung – völlig neues Kindergartenrecht. Dabei sind

sicher noch nicht alle Herausforderungen gemeistert. Vor allem die neue Struktur mit den in ihrer Steuerungskompetenz – auch zulasten der Landesjugendämter – deutlich gestärkten örtlichen Jugendämtern muss erst noch gelebt werden.

Zudem hat man unter großem personellen Aufwand auch die Mega-Aufgabe U3 Ausbau noch in einer Weise bewältigt, die nach einigen Anlaufschwierigkeiten inzwischen das Investitionsprogramm von Bund und Land zielführend voranbringt.

Einzig – und dies sei als Herausforderung für die Zukunft festgehalten: Der Bereich der integrativen Betreuung kann aus Sicht der Kommunen und ihrer Spitzenverbände noch nicht überzeugen. Dies gilt ausdrücklich nicht hinsichtlich der Grundausrichtung im Bereich des LWL. Aber immer noch führt die Integrationsförderung zu neuen Problemen in Jugendhilfeplanung und finanzieller Förderung. Als Aufgabe bleibt dabei zunächst die Entwicklung einer landeseinheitlichen Fördersystematik mit klaren Finanzierungsregeln und Qualitätsvorgaben. Auch die neue LWL-Systematik ist für viele noch zu schwer zu durchschauen und passt zu wenig ins System der pauschalierten Förderung nach dem KiBiz. Daneben ist aus kommunaler Sicht der Fortbestand zweier unterschiedlicher Fördersysteme bei den beiden Landesjugendämtern nicht begründbar.

Markus Leßmann
Erster Beigeordneter

Stadt Hattingen

Die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen dem Landesjugendamt und dem Fachbereich Jugend, Schule und Sport der Stadt Hattingen hat bereits eine lange Tradition.

Hervorzuheben sind die sehr qualifizierten Beratungsangebote des Landesjugendamtes im Bereich der Tagesbetreuung für Kinder, der erzieherischen Hilfen und im breiten Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit. Darüber hinaus sind die Fort- und Weiterbildungsseminare immer aktuell und sehr Ziel führend. Mehr als erfreulich ist die jederzeitige Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des

Landesjugendamtes zum Beispiel in Form von Inhouse-Veranstaltungen zu Problemlösungen in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe beizutragen.

Abschließend wünsche ich mir, dass die Zusammenarbeit auch in den nächsten fünf Jahren in der bewährten Weise fortgesetzt werden kann.

Andreas Bomheuer
Dezernent

Stadt Marl

Ob in der Jugendförderung, in der Fachberatung Kindertagesstätten, bei den Beiständen, in der Jugendhilfeplanung oder auch in der Amtsleitung: Die Arbeitskreise, Fachtagungen und Fortbildungen, die das LJA koordiniert, werden von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Orte des interkommunalen Austausches sehr geschätzt und als wichtig für die Reflexion des jeweiligen Arbeitsfeldes bewertet.

Hinsichtlich der Rolle des LJA als „Dienstleister“ für die Jugendämter vor Ort bewerten die Fachabteilungen ihre Erfahrungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LJA in einer Spannbreite von sehr gut bis ungenügend. Bei entsprechenden Anfragen ist schnelle, part-

nerschaftliche und zielführende Unterstützung ebenso zu erfahren, wie nachlässiges, unwilliges oder abweisendes Verhalten.

Mit Blick auf die zunehmenden Anforderungen an die Jugendhilfe besteht verstärkt der Wunsch, durch das LJA auch konkretere Unterstützung bei der Bewältigung neuer Anforderungen zu erhalten. Als vorbildliches Beispiel hierfür kann die Erarbeitung der „Arbeitshilfen zur örtlichen Umsetzung der UTeilnahmeDatVO“ genannt werden.

Dr. Barbara Duka
Erste Beigeordnete

Kreis Warendorf

Die fachliche Unterstützung in Form von Tagungen, Fortbildungen, überregionale Arbeitskreise, Rundschreiben oder die allgemeine Beratung zeichnen das Landesjugendamt im besonderen Maße als Dienstleister aus.

Das Landesjugendamt war in den vergangenen Jahren immer eine fachkundige Unterstützung bei der Lösung schwieriger Sachverhalte. Vor allem die Umsetzung des Investitionsprogramms U3 erforderte hohe Flexibilität seitens des Landesjugendamtes. Gemeinsam sind im Kreis Warendorf 107 Anträge auf den Weg gebracht worden.

Auch die Unterstützung beim Landesjugendplan war sehr hilfreich: Die zahlreichen Projekte helfen, sinnvolle Entwicklungen in der Jugendhilfe in den Kommunen zu realisieren. Auch bei eigenen Anträgen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zur Partizipation

von Kindern und Jugendlichen stellt der Landesjugendplan eine wichtige Unterstützungsform da.

Ich möchte aber auch darauf verweisen, dass der Kreis Warendorf im Bereich der Pflegschaften schon vor einigen Jahren bereits eigene Wege gegangen ist. Das Modell der Westfälischen Pflegefamilie entsprach nicht mehr unseren fachlichen Vorstellungen.

Uns bereitet die Entwicklung im Bereich der seelisch behinderten Kinder weiterhin große Sorgen. Auch hier sind noch fachliche Fragestellungen zu klären.

Dr. Heinz Börger
Kreisdirektor

Stadt Castrop-Rauxel

Die vielfältigen Neuerungen und gesetzlichen Veränderungen KiBiz, KiFöG und Kinderschutz sind Herausforderungen auch an unsere Kommune. Viele offene Fragen – insbesondere zum neuen Kinderbildungsgesetz – konnten in der Regel fachlich kompetent von Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beantwortet werden.

Allerdings müssen wir sicherlich gemeinsam bedauern, dass die genannten Herausforderungen verwaltungstechnisch und organisatorisch noch etliche zum Teil ungelöste und finanzielle Probleme bergen.

Anerkennung ist auch Ihrer Fachberatung Jugendhilfeplanung zu zollen. Sie ist eine Bereicherung für die städtische Planungsarbeit und fachliche Weiterentwicklung unserer Jugendhilfeplanung vor Ort.

Petra Glöb
Erste Beigeordnete

Stadt Warstein

Hilfreich und unterstützend im Prozess der Umsetzung der Vorgaben von KiBiz und in den Entwicklungsprozessen zu Familienzentren waren und sind die Fortbildungsangebote des Landesjugendamtes.

Auch im Bereich der Kindertageseinrichtungen und im Hinblick auf die Erteilung von Betriebserlaubnissen für neue Kleinsteinrichtungen möchte ich die - zuletzt intensive - gute und kontinuierliche Zusammenarbeit besonders hervorheben.

Ebenso konstruktiv konnten wir teilhaben an der Erarbeitung konkreter Umsetzungsschritte in der vom Landesjugendamt eingerichteten Arbeitsgruppe zu den U-Untersuchungen. Das Ergebnis sind Vorlagen und Arbeitshilfen für den strukturierten Umgang mit dieser neuen Aufgabe der Jugendämter. Der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitsgruppe machte außerdem einmal mehr „den Blick

über den Tellerrand“ möglich.

Einen Wunsch möchte ich noch formulieren: Neue Aufgaben und Veränderungsprozesse beeinflussen zur Zeit die anspruchsvolle Arbeit der Jugendämter. Der Kinderschutz stellt höchste Anforderungen an diesen Arbeitsbereich. Es ist meiner Ansicht nach notwendig, die Rolle des schützenden und unterstützenden Jugendamtes in der Gesellschaft weiter zu verdeutlichen. Eine Informationskampagne, initiiert vom Landesjugendamt, könnte dazu ein wirkungsvolles Instrument sein.

Franz Wiese
Fachbereichsleiter



Landesjugendamt

Chronik 2005-2009

2005

Februar

01.02.05: Die Universität Siegen stellt erste Ergebnisse einer Studie zur Betreuung von Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen vor. Sie zeigt, dass die integrative Erziehung ein zwingender Baustein für die Versorgung von Kindern mit Behinderung ist. Der Abschlussbericht erschien im Sommer 2005.

Mai

29.05.05: Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt das LWL-Landesjugendamt Westfalen, das dreijährige Praxisprojekt „Gleichschritt“ – Verbesserung der Bildungschancen türkischer Kinder in Oelde fachlich zu begleiten und in Höhe von 30.000 € zu bezuschussen.

31.05.05: Der LWL veranstaltet unter dem Titel „Partnerschaftsgewalt in der Familie – Kinder verstärkt in den Blick nehmen“ eine Fachtagung zum Thema Gewalt in der Familie. Die Referenten informieren über Interventionsmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten in Jugendämtern, Frauenhäusern, Beratungsstellen sowie bei Polizei und Justiz.

Juni

29.06.2005: Auch zehn Jahre nach der Einführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) im Jahre 1995 ist das Interesse von jungen Menschen an einem Praxisjahr im Natur- und Umweltschutz ungebrochen. Der LWL organisiert das FÖJ für Westfalen-Lippe. In 2005 gab es in der Region 75 mit Bundes- und Landesmitteln geförderte Plätze.

September

29.09.05: In einer wissenschaftlichen Untersuchung wurden die „Westfälischen Pflegefamilien“ durch die Fachhochschulen Münster und Dortmund unter die Lupe genommen. Für die Studie befragten die Forscher sowohl die betroffenen Familien als auch die 33 WPF-Träger und Jugendämter. Trotz der sehr guten Beurteilungen der Träger haben sich diese daraufhin entschlossen mit einer zweieinhalbjährigen Qualitätsoffensive zu starten, um Kritikpunkte aufzugreifen und nachhaltig zu verbessern. In der Studie erhielt insbesondere das LWL-Landesjugendamt Westfalen als „unverzichtbare Säule“ für den Verbund hervorragende Beurteilungen.



Ein FÖJ-Teilnehmer im LWL-Freilichtmuseum Detmold.

Oktober

01.10.05: Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetzes (KICK). Hinsichtlich des verbesserten Schutzes von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr Wohl werden die Rechte und Pflichten des Jugendamtes in einer Vorschrift (§ 8 a) gebündelt und verschaffen in einem grundrechtssensiblen Bereich eine wünschenswerte Klarstellung. In Kooperation mit dem Institut für Soziale Arbeit bietet das LWL-Landesjugendamt Zertifikatskurse zur Kinderschutzfachkraft an. Diese richten sich vor allem an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei öffentlichen und freien Trägern, die Aufgaben im Zusammenhang mit der konkreten Ausgestaltung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung zu übernehmen und auszugestalten haben.

Das LWL-Landesjugendamt initiiert ein Beratungsprojekt zur konkreten Erstellung von kommunalen Kinder- und Jugendförderplänen. Zielgruppen des Projektes sind die Jugendämter in Westfalen-Lippe. Bis Ende 2006 werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von insgesamt 65 Jugendämtern in verschiedenen Gruppen qualifiziert und beraten. Die Beratung findet über den gesamten Zeitraum verteilt an mehreren Tagen praxisbegleitend statt.

Dezember

30.12.05: Die LWL-Koordinationsstelle Sucht schaltet die Datenbank www.binad-factum.de frei. Das zweisprachige Informationsportal zur Suchthilfe und Drogenpolitik in Deutschland und den Niederlanden dient auch der grenzübergreifenden Kontaktaufnahme.

2006

Januar

23.01.06: Der LWL veranstaltet ein Seminar zum Thema „Brainwash – Gewalt in Medien und Gesellschaft“. In der LWL-Bildungsstätte Jugendhof Vlotho (Kreis Herford) informieren Experten pädagogische Fachkräfte über die Auswirkungen von medialer Gewalt auf die seelische, geistige und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Gemeinsam diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über notwendige Schutzmaßnahmen.

25.01.06: Auf Einladung des LWL kommen 150 Beschäftigte aus Jugendämtern und von freien Trägern in Münster zur Jahrestagung Erzieherische Hilfen „Die Super Nanny – eine fachliche Provokation für die Jugendhilfe?!“ zusammen. Ein Thema der Fachtagung ist der Trend zu Erziehungsshow im Fernsehen. Zudem diskutiert man aktuelle Themen wie Erziehungskompetenz und Elternbildung.



Angeregten Diskussionen über die „Super Nanny“ stellten sich die Experten Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler (r.) und Prof. Dr. Reinhart Wolff (l.)

Februar

24.02.06: Unter dem Motto „Förderung von Anfang an“ beschließt der Landesjugendhilfeausschuss seine Leitlinien – die Jugendhilfe-Ziele bis 2009: Wirksamere Hilfen für sozial benachteiligte Kinder, Integration von Kindern mit Behinderung und eine bessere Zusammenarbeit von Jugend- und Suchthilfe in Westfalen-Lippe.

März

09.03.06: Die Landschaftsversammlung wählt Dr. Wolfgang Kirsch (CDU) zum neuen LWL-Direktor und Nachfolger von Wolfgang Schäfer.

April

06.04.06: Die Vorsitzende des LWL-Parlaments Maria Seifert ehrt mit dem LWL-Jugendpreis Annette Engelmann vom Verein für Jugend, Freizeit und Kultur in Stemwede (JFK Stemwede) für ihr besonderes, kontinuierliches ehrenamtliches Engagement sowie einen weiteren Verein aus Hamm.

Mai

Die Jugenddezernentinnen und -dezernenten aus Ostwestfalen-Lippe, dem südlichen Westfalen, dem Münsterland und dem Ruhrgebiet sowie der Leiter des LWL-Landesjugendamtes, Hans Meyer, diskutieren auf vier Regionalkonferenzen aktuelle Themen der Jugendhilfe. Schwerpunkt der Diskussion sind die anstehenden Änderungen des Gesetzes zur Tagesbetreuung für Kinder, die aus Sicht der Dezernenten zu höheren Kosten für die Kommunen führen werden. Zudem beraten die Teilnehmer die steigenden Kosten bei der Heimerziehung, die Qualitätsentwicklung von Pflegefamilien, die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie sowie die Integration von Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen.



Ein mal im Jahr versammeln sich die Jugenddezernenten auf vier regionalen Konferenzen um sich mit dem LWL-Landesjugendamt Westfalen zu beraten. Hier die Dezernenten des Ruhrgebietes.

19.05.06: Das LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho feiert sein 60-jähriges Jubiläum. In diesem Rahmen wird Prof. Dr. Hilmar Peter, der die Weiterbildungseinrichtung in den vergangenen 16 Jahren geleitet hat, in den Ruhestand verabschiedet. Die Aufgabenschwerpunkte des Jugendhofes liegen seit der Gründung in einer demokratischen Erziehung und Bildung. Der Jugendhof ist mit seiner langen Tradition eine der bedeutendsten Bildungsstätten dieser inhaltlichen Ausprägung in der Bundesrepublik.

Juni

22.06.06: Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt, die Förderung von Jugendprojekten gegen Vorurteile, Rassismus und Demokratieabstinenz auf 70.000 Euro aufzustocken. Grund dafür ist die große Zahl ausgezeichneter Projektanträge. Im Jahr 2006 entwickeln Städte, Gemeinden, Jugendzentren und andere Jugendorganisationen in Westfalen-Lippe 15 Modelle für eine Kooperation von Kommunalpolitik und Jugendarbeit.

August

07.08.06: Mittlerweile leben mehr als 700 Kinder und Jugendliche in „Westfälischen Pflegefamilien“; die Kombination aus professioneller Hilfe und Familienleben hat sich bewährt.

17.08.06: Heidrun Kaiser übernimmt die Leitung des LWL-Jugendhof Vlotho. Sie engagierte sich zuvor als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Erfurt für den Auf- und Umbau der Jugendhilfe in den östlichen Bundesländern.

September

12.09.06: Das LWL-Landesjugendamt gründet ein Beratungsnetzwerk zur Umsetzung des § 8a SGB VIII. Innerhalb eines Jahres werden die 35 teilnehmenden Jugendämter bei der Entwicklung örtlicher Kinderschutzkonzepte und bei dem Abschluss von Vereinbarungen begleitet.

28.09.06: Bei einer gemeinsamen Sitzung in Düsseldorf diskutieren die Landesjugendhilfe-Ausschüsse Rheinland und Westfalen-Lippe mit Minister Armin Laschet über Änderungen zum Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder. Weitere zentrale Diskussionsthemen sind die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule.

November

07.11.06: Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Auflage eines zweijährigen Projekts, das die Familienhilfe weiterentwickeln soll. Die sozialpädagogische Familienhilfe ist eine der wichtigsten Unterstützungsformen in der Erziehung von Kindern; im Jahr 2004 profitierten allein in Westfalen-Lippe 12.000 Jungen und Mädchen von diesem Angebot.

Dezember

14.12.06: Der Landesjugendhilfeausschuss entscheidet, die Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindergärten auszubauen und stellt für diese Aufgabe im Jahr 2007 90 Millionen Euro zur Verfügung. Zudem wird das LWL-Landesjugendamt Westfalen in einem Modellprojekt die Auswirkungen und Qualität einer Förderung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren erforschen sowie in einem Beratungsprojekt die Einführung integrierter flexibler Erziehungshilfen in die Offene Ganztagschule fördern.

2007

Januar

31.01.07: Unter dem Titel „Wissenschaft trifft Praxis“ beginnt eine Vortragsreihe des LWL-Landesjugendamtes Westfalen zu Kinder- und Jugendthemen. Die fünf Termine bilden eine für jeden zugängliche Plattform für Informationen sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und interessierten Bürgern.

März

15.03.07: Aufbauend auf die in 2005 durchgeführte wissenschaftliche Untersuchung der Westfälischen Pflegefamilien startet eine auf 2,5 Jahre angelegte Qualitätsoffensive zur Überprüfung und Weiterentwicklung der fachlichen Standards der Westfälischen Pflegefamilien unter Begleitung des Institutes für Beratung und Forschung in der Sozialwirtschaft GmbH, München.

23.03.07: Der LWL übernimmt die Organisation der „runden Tische gegen häusliche Gewalt“ vom NRW-Frauenministerium. Am „runden Tisch“ kommen Vertreterinnen und Vertreter von Polizei, Justiz sowie den Einrichtungen der Jugend- und Frauenhilfe zusammen und koordinieren die verschiedenen Hilfeangebote bei häuslicher Gewalt. Künftig wird der LWL auch die notwendigen Mittel (im Jahr 2006 waren es 130.000 Euro) für Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildungen und Fachtagungen bereitstellen.

April

Die Jugenddezernenten aus Westfalen-Lippe besprechen unter Regie des Landesjugendamts bei vier Regionalkonferenzen aktuelle Themen der Kinder- und Jugendhilfe. Schwerpunktthema der Tagungen ist der Entwurf des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Die Jugenddezernenten bewerten die vorgesehene finanzielle Absicherung der Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung als richtig. Positiv sehen sie zudem die differenzierten Möglichkeiten bei der Gestaltung der Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen.

Mai

31.05.07: Zum Weltnichtrauchertag wirbt LWL-Jugenddezernent Hans Meyer für spezielle Ausstiegskonzepte zur Tabakentwöhnung bei Jugendlichen. Die Konzepte unter dem Motto „Willst du auch keine?“ werden durch die LWL-Koordinationsstelle Sucht an Suchttherapeuten vermittelt. Es ist erwiesen, dass diese Programme Jugendliche beim „Verzicht auf die Zigarette“ unterstützen.

Jun*i*

04.06.07: Im Landesjugendhilfeausschuss werden die Ergebnisse einer vom LWL-Landesjugendamts Westfalen in Auftrag gegebene Studie vorgestellt, nach der der Anteil der Kinder an der Bevölkerung in Westfalen-Lippe bis 2015 um 9 Prozent sinken wird. Der LWL unterstützt die Kommunen mit Planungsmaterialien für lokale Strategien für die Jugendhilfe. Die größte Herausforderung besteht darin, dass sich die soziale Zusammensetzung der Zielgruppe stark verändern wird, da immer mehr Kinder und Jugendliche einen schwierigeren Zugang zu Bildung und Gesundheit haben werden.

Aug*ust*

01.08.07: Nach einer vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegebenen Studie verwenden bundesweit 140 Einrichtungen das von der LWL-Koordinationsstelle Sucht entwickelte Präventionsmodell „FreD“ (Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten); 42 weitere Städte wollen es bereits in 2007 übernehmen. „FreD“ wurde vom Bundesgesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit acht Bundesländern als Modellprojekt aufgelegt. Ziel ist, weiteren Drogenkonsum und erneute strafrechtliche Auffälligkeit der Betroffenen zu vermeiden.

Sept*ember*

20.09.07: LWL-Direktor Dr. Wolfgang Kirsch, der Steinfurter Landrat Thomas Kubendorff und Ibbenbürens Bürgermeister Heinz Steingröver eröffnen in Ibbenbüren ein Haus für junge Mütter. Hier betreuen LWL-Fachleute jugendliche Eltern und ihre Kinder und bereiten sie praxisnah auf ihr zukünftiges selbstständiges Leben vor. Die neue Einrichtung gehört zum LWL-Jugendheim Tecklenburg.



Im Jahre 2007 eröffnete der LWL eine spezialisierte Einrichtung um jugendlichen Mütter und Väter dazu zu befähigen, ihre Kinder psychisch und physisch gesund aufwachsen zu lassen.

Oktober

05.10.07: Der Landesjugendhilfeausschuss sieht einstimmig Änderungsbedarf zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Die Anregungen und Bedenken werden an das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) weitergeleitet.

Dezember

31.12.07: Nach vierjähriger Laufzeit wird das Praxisprojekt „Unterstützungsnetzwerke für benachteiligte unter 3jährige Kinder und ihre Familien“ erfolgreich abgeschlossen. An allen Standorten war es gelungen, in Kooperation mit anderen Professionen niedrigschwellige Hilfsangebote zu etablieren. Das Projekt hatte bereits im Jahre 2006 mit Erfolg am Wettbewerb des bundesweiten Deutschen Präventionspreises teilgenommen.

2008

Januar

22.01.08: Die Tagesgruppe Laggenbeck, eine Einrichtung des LWL-Jugendheimes Tecklenburg, veranstaltet ein zehnwöchiges Projekt für Kinder psychisch belasteter Eltern. Ziel ist es, Kindern, die wegen der Erkrankung der Eltern Probleme bekommen, Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Februar

27.02.08: Der LWL zieht eine positive Bilanz: Die „Westfälischen Pflegefamilien“ (WPF) bieten mittlerweile für 800 Kinder in Westfalen-Lippe spezielle Hilfen an. Im Landesjugendhilfeausschuss wird auf die Weiterentwicklung der WPF durch die Qualitätsoffensive hingewiesen.

April

02.04.08: Fachtagung der Deutschen Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. Regionalgruppe Westfalen-Lippe und des LWL-Landesjugendamtes im Veranstaltungszentrum der Ruhr-Universität Bochum zum Thema Zwischen Bootcamp und Kuschelpädagogik – Wie umgehen mit jugendlichen Gewalttättern? Die Teilnahme von 330 Interessierten aus Politik und professionell in verschiedenen Bereichen der Jugendstrafrechtspflege Tätigen übertrifft bei Weitem die Erwartungen der Veranstalter, bestätigt aber auch die Annahme, dass ein großer Bedarf zur Auseinandersetzung mit dem Thema besteht.

15.04.08: Den LWL-Jugendpreis für ihr besonderes ehrenamtliches Engagement bekommen die Abenteuerkiste Greven e. V. (Kreis Steinfurt) und Dirk Neef vom Jugendzentrum Tossehof in Gelsenkirchen verliehen.



Der LWL-Jugendpreis ging an die "Abenteuerkiste Greven", bei der sich rund 60 Jugendliche und junge Erwachsene auf außergewöhnliche Art engagieren.

Mai

28.05.08: Die LWL-Koordinationsstelle Sucht „exportiert“ das Projekt „FreD“ (Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten) in 17 europäische Partnerländer. Bis Ende 2010 soll unter anderem erprobt werden, ob drogenauffällige Jugendliche auch über deren Lebensbereiche Schule und Beruf hinaus angesprochen werden können. Finanziert wird das Projekt bei einem Gesamtvolumen von rund 1,5 Mio. Euro von der EU, dem Bundesministerium für Gesundheit sowie aus Eigenleistungen der 17 Partnerländer.

Juni

03.06.08: Susanne Jendral verstirbt unerwartet im Alter von 40 Jahren. Sie war über Jahre als beratendes Mitglied für die „Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken NRW“ im Landesjugendhilfeausschuss tätig.

18.-20.06.08: In Essen findet der 13. Kinder- und Jugendhilfetag der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe statt. Als bundesweites und zentrales Forum bietet er vielfältige Möglichkeiten zum fachlichen Erfahrungsaustausch und zur jugendpolitischen Diskussion. Die beiden NRW-Landesjugendämter sind mit einem Messestand vertreten. In Zusammenarbeit mit den Jugendämtern gestalten sie die „Halle der öffentlichen und freien Jugendhilfe in NRW“ und bieten eine Vielzahl von Fachveranstaltungen an.

19.06.08: Im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfetages in Essen findet eine gemeinsame öffentliche Sitzung der Landesjugendhilfeausschüsse Rheinland und Westfalen statt. Die Ausschüsse geben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Kompetenz und Unverzichtbarkeit der Jugendämter und Landesjugendämter bei der Sicherstellung des Kinderschutzes unterstreichen. Die Ausschüsse fordern die örtliche Jugendhilfe auf, die präventiven Angebote mit Unterstützung der Landesjugendämter weiter auszubauen. Das Land NRW soll den Kinderschutz in seinen Programmen sowie finanziell stärker berücksichtigen.

Juli

16.07.08: Reimund Wiedau verstirbt nach schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren. Er war über 35 Jahre im LWL-Landesjugendamt in verschiedenen Bereichen tätig und zeichnete sich vor allem durch seine engagierte und innovative Arbeit in der Zentralen Adoptionsstelle aus.

September

10.09.08: Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt das LWL-Landesjugendamt, ein Konzept zur Förderung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren vorzubereiten. Die Förderung soll 2009 beginnen. Grundlage ist ein Modellprojekt des LWL-Landesjugendamtes Westfalen, das die positiven Auswirkungen der frühzeitigen Förderung im Kindergarten bescheinigt.

24.09.08: An der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf findet als Kooperationsveranstaltung der NRW-Landesjugendämter, der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. – Regionalgruppen Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie der Fachhochschule Düsseldorf der 1. Nordrhein-Westfälische Jugendgerichtstag zum Thema Hilfe oder Härte? Aktuelle Bewegungen des Jugendkriminalrechts statt. 280 Personen aus den Bereichen Politik, Justiz, Polizei und Jugendhilfe im Strafverfahren nehmen daran teil.

Oktober

01.10.08: „Einblicke - Leben und Arbeit in Jugendhilfeeinrichtungen“ ist der Titel einer Foto- und Filmausstellung über die LWL-Jugendeinrichtungen in Tecklenburg, Marl und Hamm, die im LWL-Landeshaus zu sehen ist. Die Fotos und Filme geben einen blitzlichtartigen Eindruck vom Leben in einer Wohngruppe oder von der ambulanten Arbeit.

November

12. – 14.11.08: In Köln findet der 1. Nordrhein-Westfälische Vormundschaftstag zu dem Thema „Vormundschaft zum Wohle des Mündels – Strukturen und Inhalte einer funktionierenden Vormundschaft“ als gemeinsame Veranstaltung der NRW-Landesjugendämter unter Beteiligung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF). An der Fachtagung, nehmen 145 Interessierte, vorwiegend Vormünder, teil. Anschließend wird entschieden, die Veranstaltung als bundesweiten Vormundschaftstag im Dezember 2010 in Dresden fortzuführen.

13.11.08: Die LWL-Landschaftsversammlung bestätigt den LWL-Jugenddezernenten Hans Meyer für weitere acht Jahre in seinem Amt. Der Jurist ist bereits seit 2001 als Leiter des LWL-Landesjugendamtes, Schulen und Koordinationsstelle Sucht tätig.

15.11.08: Mit einer internationalen Tagung haben am Samstag, den 15.11.2008 das LWL-Landesjugendamt Westfalen, die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Familien-Mediation (BAFM) und die Mediationswerkstatt Münster mit einer gemeinsamen Tagung den Fokus auf die Rolle der Psychologie in der Mediation gerichtet. 240 Teilnehmenden aus der ganzen Bundesrepublik und dem angrenzenden Ausland machen die hochaktuelle Relevanz dieser Thematik für die Praxis deutlich.

25.11.08: LWL-Direktor Dr. Wolfgang Kirsch und Maria Seifert, Vorsitzende der Landschaftsversammlung beim LWL, eröffnen die Wanderausstellung „Standpunkte gegen Gewalt“ in der Bürgerhalle im LWL-Landeshaus in Münster. Dabei erweitern sie die Ausstellung, in der verschiedene Persönlichkeiten ihren Standpunkt gegen Gewalt deutlich machen, um zwei eigene Thementafeln.

Dezember

12.12.08: Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Förderung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren. Für diese neue Förderung sind zusätzliche drei Millionen Euro vorgesehen. Der Beschluss ist Teil einer Neufassung der Förderrichtlinien über die integrative Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung. Insgesamt sollen im Jahr 2009 50 Millionen Euro für integrativ geförderte Kinder gezahlt werden.

12.12.08: Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt ebenfalls die Förderung des Praxisprojektes „Aufbau von Hilfen für Familien mit multiprofessionellen Hilfebedarfen“ zur verbesserten Versorgung von Familien mit psychisch erkrankten Elternteilen. Ziel ist der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der LWL-Tagesklinik, dem Gesundheitsamt des Kreises Gütersloh, dem Regionalteam Nord des Kreisjugendamtes und dem Diakonischen Werk Halle.

15.12.08: Die Fachveranstaltung „Der Fall Kevin: – Was kann und muss die Soziale Arbeit aus dem Tod dieses Kindes lernen?“ wird von 150 interessierten Personen aus Westfalen besucht. Die Entwicklung, die zum Tod von Kevin aus Bremen führte und bundesweit Entsetzen und Fassungslosigkeit auslöste, wird bei dieser Tagung von Prof. Dr. Klaus Wolf, Universität Siegen und einer Gruppe von Studierenden vor dem Hintergrund eines Untersuchungsberichtes kritisch beleuchtet. Die Frage, welche Konsequenzen die Jugendhilfe aus diesem tragischen Tod ziehen muss, steht im Mittelpunkt der Veranstaltung.

17.12.08: Das LWL-Landesjugendamt gründet eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus 23 Jugendämtern Westfalens zur Umsetzung der Verordnung des Landes NRW zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen / U-Untersuchungen (UTeilnahmeDatVO). Die in dieser Arbeitsgruppe entstandene Arbeitshilfe wurde am 03.06.09 vom Landesjugendhilfeausschuss begrüßt und den kommunalen Jugendämtern zur Anwendung empfohlen.

2009

Januar

Insgesamt gab der LWL im Jahr 2008 95 Millionen Euro für die Betreuung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen aus. Davon wurden über 33 Millionen Euro für die Integration von Kindern mit Behinderung im „Regelkindergarten um die Ecke“ verwendet. Mit den Geldern finanziert der LWL zusätzliches Personal und kleinere Gruppen in den Kindergärten. Neben einem guten Konzept und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Eltern sind vor allem verlässliche und fachlich versierte Bezugspersonen Voraussetzung für die gute Qualität der wohnortnahen Integration von Kindern mit Behinderung.

Februar

11.02.09: Der LWL, die Stadt Oelde, der Initiativkreis Wirtschaft Oelde und die Initiative „Zukunft durch Innovation NRW“ starten das Pilotprojekt „Naturwissenschaftlich-technische Bildung in Oelder Kindertageseinrichtungen“. Das Projekt soll das technische Interesse bei Kindern fördern und gleichzeitig Konzepte erarbeiten, die sich auch auf andere Orte übertragen lassen. Die Leitung liegt beim LWL-Landesjugendamt Westfalen und beim Jugendamt der Stadt Oelde. Die Kosten tragen zu gleichen Teilen der LWL, die Stadt und der Initiativkreis Wirtschaft.

26.02.09: 13 Mitarbeiter des LWL-Heilpädagogischen Kinderheims Hamm schließen die zweijährige Langzeitfortbildung „Professionelle Gestaltung der Zusammenarbeit mit Eltern“ im LWL-Berufskolleg Fachschulen Hamm ab. Die neuen Erkenntnisse der Erzieherinnen und Erzieher fließen in ein Qualitätshandbuch ein, das im Kinderheim angewendet werden und neuen Mitarbeitern eine schnelle Orientierung bieten soll.

März

Die Jugenddezernenten aus Westfalen-Lippe erörtern im Rahmen von Regionalkonferenzen unter Leitung des LWL-Landesjugendamtes aktuelle Jugendhilfethemen – vom Kindergarten bis zur Erziehungshilfe. Im Bereich der Kindergärten heben die Teilnehmer den massiven

Ausbau der U3-Plätze hervor. Außerdem diskutieren die Dezernenten über Konzepte für die Personalbemessung und Qualitätsstandards in den sozialen Diensten der Jugendämter. Schließlich stellt Herr Meyer die neuen Förderrichtlinien des LWL vor, die künftig auch die U3-Förderung von Kindern mit Behinderung vorsehen. Die Konferenz für das Ruhrgebiet hat mit den gleichen Schwerpunkten bereits im Juni 2008 stattgefunden.

26.03.09: Die zentralen Adoptionsstellen der NRW-Landesjugendämter veranstalten in Köln den 1. Nordrhein-Westfälischen Fachtag Adoption. 122 Fachkräfte aus den Adoptionsvermittlungsstellen in Nordrhein-Westfalen setzen sich mit dem Thema Zwischen Kindeswohl und Bewerberwunsch – Ein Spannungsfeld für die Adoptionsfachkraft auseinander. Der Wunsch der Teilnehmenden weitere gemeinsame Fachtagungen anzubieten ermutigt die Veranstalter, für das Jahr 2012 den 2. Nordrhein-Westfälischen Fachtag Adoption in Münster zu planen.

Juni

03.06.09: Der Landesjugendhilfeausschuss bestätigt, dass das LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho die Vorgaben aus dem Haushaltsbegleitbeschluss 2003 erfüllt hat und auch zukünftig mit Zuschüssen unterstützt wird.



Der Jugendhof Vlotho hat die von der Politik vorgegebenen Sparziele erreicht. Dank des Konjunkturpaketes kann er jetzt außerdem energietechnisch und baulich saniert werden.

22.06.09: Aus Anlass einer Gesetzesinitiative im Deutschen Bundestag weist der Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf die erfolgreiche Arbeit der Westfälischen Pflegefamilien hin. Derzeit leben 880 Kinder in Westfälischen Pflegefamilien. Zunehmend werden dort auch Kinder mit Behinderung betreut, die sonst im Heim untergebracht werden müssten. Im Gegensatz zum bundesweit rückläufigen Interesse, können in Westfalen-Lippe immer mehr Pflegeeltern gewonnen werden.

April

Das Fachkräfteportal www.averca.de des Bundesmodellprojekts „AVERCa – Aufbau einer effektiven Versorgungsstruktur zur Früherkennung und Frühintervention jugendlichen Cannabismissbrauchs“ geht an den Start. Nach den ersten fünf Monaten sind bereits 5.000 Zugriffe auf dieses neuartige Praxisangebot zu verzeichnen.

Juli

01.07.09: Die LWL-Koordinationsstelle Sucht veröffentlicht die Ergebnisse einer im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche „Alkohol? Kenn' dein Limit“ durchgeführten Befragung unter 13- bis 18-jährigen Jugendlichen. Unter dem Motto „Abgreifen statt abschädeln“ beantworteten Jugendliche aus Bielefeld und Dortmund sowie aus den Kreisen Herford, Paderborn, Soest und Steinfurt einen Online-Fragebogen mit Fragen zu Häufigkeit ihres Alkoholkonsums sowie ihren Kaufquellen. August

September

Der LWL startete im Jahr 2009 seine Selbstdarstellung mit Internetvideos, unter anderem auch mit Beiträgen aus der Jugendhilfe. Zum Beispiel mit einem Beitrag über die LWL-Einrichtung für junge Mütter und Väter in Ibbenbüren, der sich einerseits in Videoportalen wiederfindet, andererseits aber auch TV-Redakteuren in hochauflösendem Rohschnittformat zur Verfügung gestellt wird.



Der LWL bietet Videos jetzt im Internet an.

November

16.11.2009: Die LWL-Koordinationsstelle Sucht engagiert sich seit mehreren Jahren für das Thema „Männlichkeiten & Sucht“. In 2009 wurde dazu ein gleichnamiges Handbuch sowie eine Reihe mit Plakaten und Postkarten veröffentlicht.



„Cool & trinkfest“ ist der Titel dieses Plakates. Es ist eines von elf Plakaten aus einer für den LWL entwickelten Reihe des Grafikers Rainer Stock.

16.11.09: Kommunikation und Körpersprache: 13 sehbehinderte Schülerinnen und Schüler der Irisschule, münsterische Förderschule Sehen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), haben in den vergangenen Wochen vieles zum Thema „Vertiefte Berufsorientierung - Mit Handicaps einen Weg in den Beruf finden“ kennen gelernt. Bei einer mehrtägigen Kompetenzfeststellung im Jugendausbildungszentrum (JAZ) Münster ging es für die Acht- bis Zehntkläßler um die Entdeckung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten.



Trotz Sehbehinderung einen Weg in den Beruf finden.

Bericht des LWL-Landesjugendamtes Westfalen

Herausgeber:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Landesjugendamt, Schulen und Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Str. 25
48147 Münster

Tel. Heftbestellung: 0251 591-5611
Tel. Redaktion: 0251 591-3457
Fax: 0251 591-275

www.lwl-landesjugendamt.de
jugend@lwl.org

Produktionsleitung, Koordination und Redaktion: Marie-Susanne Weischer, Andreas Gleis

Manuskript: Marc-Stefan Andres, André Boße, Andreas Gleis, Theresia Dopheide, Sarah Strahl

Gestaltung, Litho und Druck: Druckerei Joh. Burlage, Münster, Frank Krumnöhler

Titelbearbeitung: Rebecca Strahl

Papier: Chlorfrei gebleicht weiß

Auflage: 2.000 Exemplare

© 2009 Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Weil die Antworten der Interviewpartnerinnen und –partner wörtlich wiedergegeben werden, taucht nicht in jedem Fall die weibliche und männliche Geschlechtsform auf. Trotzdem sind bei allen Bezeichnungen immer beide Geschlechter gemeint.

Alle Angaben ohne Gewähr.

Bildnachweis:

LWL: 3, 4, 6, 18, 22, 28, 29, 42-51; LWL/Dr. Paul Erdelyi: 26, 27; LWL/Eva Bähren: 14, 16, 17, 18, 20, 28; LWL-Medienzentrum für Westfalen/Stefan Sagurna: 12, 16; Privat: 13, 15, 19, 21, 25; Marc-Stefan Andres: 20; André Boße: 22; Stephan Wieland: 14; www.lizenzfreie-bilder.at (pixelio.de, redaktionelle Lizenz): Umschlagtitel; Alex Tostado (flickr.com, cc-by-Lizenz): 24; Rainer Sturm (pixelio.de, redaktionelle und kommerzielle Lizenz): 30; Axel Wolkowski (pixelio.de, redaktionelle und kommerzielle Lizenz): 30; Stephanie Hofschlaeger (pixelio.de, redaktionelle und kommerzielle Lizenz): 30; Carsten Nadale (pixelio.de, redaktionelle und kommerzielle Lizenz): 41; Inge Zimmermann-Probst (pixelio.de, redaktionelle Lizenz): 30

LWL-Landesjugendamt Westfalen:***Gesetzessammlung Kinder- und Jugendhilfe*****4. aktualisierte Auflage**

Es ist inzwischen schon ein Stück Tradition geworden, dass das LWL-Landesjugendamt in regelmäßigen Abständen Gesetzestexte zur Kinder- und Jugendhilfe herausgibt, wenn dies aufgrund von umfassenden Änderungen sinnvoll erscheint.

Seit der letzten Auflage dieser Sammlung ist das SGB VIII durch das Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen (KiFöG) Ende 2008 und durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen (FGG-Reformgesetz) mit Wirkung vom 1.09.2009 umfassend geändert und angepasst worden.

Im Bereich der Gesetze des Landes NRW wurde im Bereich des Kinderbetreuungsrechts das GTK durch das Gesetz zur frühen Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) komplett abgelöst. Auch im 1. AG-KJHG NRW fanden Änderungen statt.

Die Gesetzessammlung enthält:

- SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe
- AG-KJHG: Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes
- KiFöG: Kinder- und Jugendförderungsgesetz (Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes)
- KiBiz: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz)
- DVO KiBiz: Durchführungsverordnung zum Kinderbildungsgesetz
- UTeilnahmeDatVO: Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen (U-Untersuchung-TeilnahmedatenVO)
- Richtlinien über die Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen
- Vereinbarung zu den Grundsätzen über die Qualifikation und den Personalschlüssel nach § 26 Abs. 2 Nr. 3 Kinderbildungsgesetz
- Vereinbarung über die Beschäftigung und Qualifizierung von Ergänzungskräften in den Tageseinrichtungen für Kinder
- Runderlass: Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität

Bestellung:

Bestellen Sie per E-Mail bei lja.bestell@lwl.org das gedruckte und gebundene Heft im handlichen DIN A5-Format. Preis pro Exemplar 6 EUR. Sonderpreis ausschließlich für Jugendämter: 3 Exemplare für 12 EUR. Keine Bestellung über Buchhandel möglich.

Besuchen Sie uns im Internet

www.lwl-landesjugendamt.de

- Publikationen bestellen
- Publikationen herunterladen
- sich aktuell informieren
- Jugendhilfe-aktuell als Newsletter abonnieren
- Informationen zu Fortbildungen

...und vieles mehr



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.